Sozialdemokratischer Pressedienst

herausgeber und Chefrebatieur: Erich Aifringhaus, Berlin. Jernfprecher: Aunt Doupoff 4196/4190



Aufdrift für Berlag und Shriftleitung: Berlin SB 61, Bello-Alliance-Plat 8 Drahtanidrift: Sevediensi

Die herstellung erfolgt im Gelbsverlag. Der Abbrud ift nur auf Grund befruderer Bereinderung gestellet. Kindigung beiberfelte 4 Bachen por dem Quarinteerfen, wann nicht anderes vereindert ift. Erfollungsort für beibe Leite ift Berlin.

Bertin, den 18. Dezember 1930

Die ertappten Nazis.

Ihre Theorie und ihre Praxis.

Inh Instruct **Sec.** Geschiedenis Amsterdam

SPD. In der Reichstagssitzung vom 9.Dezember haben die Nationalsozialister die Anträge zu Fall gebracht, durch die die Millionäre, die Aufsichtsräte und die Dividendenempfänger, sowie die Bezieher von hohen Einkommen gerechter als bisher zu den allgemeinen Staatslasten herangezogen werden sollten. Diese Parteinahme für die Grossverdiener hat im Lager der Nationalsozialisten grosse Aufregung und erbitterte Auseinandersetzungen hervorgerufen. Sie zwang die Nationalsozialisten zwei Tage später im Reichstag einen Antrag über die Besteuerung der Aufsichtsräte einzubringen, der dasselbe verlangt, was sie zwei Tage vorher abgelehnt hatten.

Trotzdem ist unter den Anhängern der Nationalsozialisten die Erregung über das verhalten ihrer Führer nicht geringer geworden. In den Nazi-Versammlungen wird deshalb erklärt, man hätte gegen die Anträge gestimmt, weil sie nicht weit genug gehen, insbesondere weil die Besteuerung der grossen Vermögen nur als einmalige Abgabe verlangt werde. Aber die Regie klappt noch nicht bei den Nazis, denn zur gleichen Zeit, wo man in Versammlungen erklärt, die Anträge seien nicht weit genug gegangen, bringt der "Völkische Beobachter" einen Artikel des nationalsozialistischen Abgeordneten Reinhardt, der den Antrag bekämpft, weil er zu weit geht! Die rechte Hand weiss also nicht, was die linke tut.

Betrachtet man die Einwände von Reinhardt im einzelnen, so sieht man ebenfalls, in welch heillose Verlegenheit die Nazis durch diese Abstimmung gekommen sind. So sagt keinhardt, der Antrag auf höhere Besteuerung sei als Abänderungsantrag zu der Notverordnung gestellt gewesen. Diese Notverordnung sei eine Tributverordnung, alles, was mit ihr zusammenhänge, werde deshalb von den Nationalsozialisten abgelehnt. Welch lächerlicher Einwand das ist, geht am besten aus der Tatsache hervor, dass von den Gesamtausgaben des Reiches von rund 12 Milliarden Mark im Jahre 1930 nur 1883 Millionen, also nur ein Sechstel, auf die Reparationsverpflichtungen entfallen. Wer dem Reich neue Mittel zuführen will, dient also damit nicht der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, sondern der Sicherung der Reichsfinanzen und damit der Sicherung der sozialen Verpflichtungen, also besserer Unterstützung aller schwachen Schichten des Volkes. Wer neue Einnahmen, insbesondere Besitzsteuern ablehnt, macht nicht die Bezahlung der Reparation lasten unmöglich, sondern die Auszahlung der Unterstützungen an Erwerbslose, Rentner und Kriegsopfer.

Gegen die einmalige Vermögensabgabe von 20 % wendet Reinhardt nicht ein; sie sei zu gering, und man müsse sie regelmässig jedes Jahr vornehmen, sonderner sagt, sie sei zu drückend, sie raube den Kapitalisten die Mittel zur Fortführung ihrer Betriebe und sie würde damit wirtschaftsschädigend wirken. Mit derselben Begründung rechtfertigt Reinhardt die Ablehnung der besteuerung der ausgeschütteten Gewinne bei den Aktiengesellschaften. Alle diese Einwände

sind nicht neu. Seit Jahr und Tag hören wir sie von den Unternehmern, die einen Abbau der Besitzsteuern wünschen, und die das Ziel verfolgen, die Steuerlasten in noch höherem Masse auf die Schultern der breiten Massen zu legen. Zwischen diesen Unternehmern und Reinhardt besteht nur ein Unterschied: während die Kapitalisten bisher lediglich behauptet haben, die Steuerlasten beanspruchten 40-50 Prozent des Einkommens, behauptet Reinhardt, die Steuerlast steige auf 70-90 Prozent. Die Organisationen der Grossindustriellen und Bankiers werden nicht verfehlen, Herrn Reinhardt zu ihrem Ehrenmitglied zu ernennen und ihre Dankbarkeit für den Schutz ihrer grossen Vermögen und Einkommen in klingender Münze an die Kasse von Herrn Hitler abzuführen.

Wenige Wochen parlamentarische Arbeit haben also bereits genügt, um die

Wenige Wochen parlamentarische Arbeit haben also bereits genügt, um die Nationalsozialisten völlig zu entlarven. Neben Herrn Feder, der kürzlich mit dem Brustton der Ueberzeugung versicherte, die Nationalsozialisten dächten gar nicht daran, Sozialisten zu sein, ist nun Herr Reinhardt getreten, der zu der Theorie von Feder die Praxis von 107 gehorsamen Trabanten der Gross-

verdiener geliefert hat.

SPD. Amsterdam, 18. Dezember (Eig. Drahtb. Die niederländische Flottenvorlage, die ein zehnjähriges Bauprogramm mit einem Gesamtkostenaufwand von mehr als 200 Millionen Reichsmark vorsieht, wurde am Donnerstag von der ersten niederländischen Kammer angenommen. Die Annahme erfolgte mit 28 Stimmen gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und freisinnigen Demokraten.

- SPD. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags, der am Donnerstag einen Bericht des Grafen Bernstorff über den Verlauf der Vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbunds entgegennahm, nahm nach eingehender Debatte, in die u.a. auch Reichsaussenminister Dr. Curtius wiederholt eingriff, eine Entschliessung an, in der "die Regierung aufgefordert wird, Material über die Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und über die Abrüstungsfrage durch ständige und planmässige Propaganda unter Anforderung der erforderlichen Mittel im Auslande und im Inlande (im Benehmen mit dem Auswärtigen Ausschuss) zu verbreiten und den Unterrichtsverwaltungen in geeigneter Form für den Unterricht und für die Verteilung an Schüler zu überweisen. Das Material soll mit statistischen Zahlen und anschaulichen Bildern darstellen
- 1) die Bedrohung der deutschen Sicherheit durch die jetzigen Grenzen, in der entmilitarisierten Zone und durch die Entfestigung Deutschlands; 2) den deutschen Anspruch auf allgemeine Abrüstung und seine praktische Ablehnung durch die sogenannten Abrüstungsverhandlungen unter anschaulicher Erläuterung der Hauptpunkte wie Friedenspräsens, ausgebildete Reserven, Kriegsmaterial; 3) die deutsche Entwaffnung im Verhältnis zu dem Stande der Rüstung in den benachbarten europäischen Mächten insbesondere Frankreich und Polen; 4) die Rüstungsausgaben der einzelnen Mächte."

SPD. Bonn, 18. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das hiesige erweiterte Schöffengericht verurteilte zwei Nationalsozialiste aus Köln, die bei den blutigen Zwischenfällen am 7. Dezember in Bonn Hieb- und Schlagwaffen bei sich führten, zu 3 bezw. 4 Monaten Gefängnis. Der Nationalsozialist, der bei diesen Zusammenstössen lebensgefährlich durch einen Kopfschuss verletzt wurde, ist am Donnerstag in Bonn gestorben.

SPD. He lsingfors, 18.Dez. (Eig.Drahtb.) In dem Prozess gegen die Entführer des finnischen Expräsidenten Stahlberg wurden am Donnerstag der ehemalige finnische Generalstabschef Wallenius und Oberstleutnant Kuussaari zu je 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte Jaskari erhielt 2 Jahre Zuchthaus, Jaenne 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von einem halben Jahr bis einem Jahreverurteilt.

Wallenius und Kuussaari wurden sofort ihres Dienstes enthoben und in Haft genommen.

SPD. Braunschweig, 18.Dez. (Eig.Dr.)

Vor dem Braunschweiger Oberlandesgericht fand am Donnerstag die Berufungs
verhandlung in Sachen Dr. Franzen gegen den sozialdemokratischen "Volksfreund"
statt. Der nationalsozialistische Minister Franzen hatte gegen Veröffentlichungen des sozialdemokratischen Blattes über sein Verhalten in Berlin am
Tage der Eröffnung des neuen Reichstags eine einstweilige Verfügung erwirkt,
gegen die der Volksfreund Einspruch erhoben hatte. Das Landgericht Braun-

schweig hatte den Einspruch seinerzeit zurückgewiesen.

An der Berufungsverhandlung nahmen bis auf wenige Ausnahmen die gleichen Zeugen teil wie an dem Prozess vor der ersten Instanz. Die am Abend den 13.0ktober auf der Polizeiwache am Potsdamer Platz stationierten Polizeibeamten schilderten noch einmal die Einlieferung des Landwirts Guth. Dieser 26jährige Guth ist, wie Franzen aussagte, der Kreisleiter der Nationalsozialisten für de Bezirk Heide in Schleswig-Holstein. Als Guth bei den Krawallen gefasst wurde, legitimierte er sich als der nationalsozialistische Abgeordnete des preussischen Landtags Lohse. Er suchte dies durch die Vorlegung ines Lohse gehörenden Fahrtausweises zu bekräftigen. Da die Beamten Guth aber keinen Glauben schenkten, bat der zwangsgestellte Guth darum, den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Franzen aus einem nahen Restaurant in der Potsdamer Strasse herbeizuholen. Als Franzen auf die Wache kam, legitimierte er Guth einwandfrei als den nationalsozialistischen Abgeordneten Lohse. Diese Aussage haben übereinstimmend auch am Donnerstag wieder alle vernommenen Berliner Polizeibeamten gemacht.

Franzen selbst legte im Verlauf seiner Vernehmung insofern ein Geständnis ab, als er, über die Motive seines Handelns gefragt, sich folgendermassen äusserte: "Ich habe die Polizei nicht unterstützen wollen, deshalb verhielt ich mich indifferent. Vor allem wollte ich die Tat Guths nicht sofort auf der Wache klarstellen, da ich vor der Menge nicht zugeben wollte, dass sich der Fahrtausweis eines nationalsozialistischen Abgeordneten in fremden Händen befindet. Ich war nicht als Minister auf der Wache, sondern als Abgeordneter.

Ich konnte meine Partei nicht kompromittieren."

Der nationalsozialistische Abgeordnete des preussischen Landtags Lohse führte vor dem Oberlandesgericht einen wahren Eiertanz auf. Lonse hat bisher immer wieder versucht, Guth zu decken. In der Berufungsinstanz brach sein dürftiges Kartenhaus jedoch zusammen. Punkt für Punkt gab er zu, dass er Guth seinen Ausweis gegeben habe, damit dieser in den Reichstag gehen konnte. Dann musste Lohge zugeben, dass er mit Guth zusammen im gleichen Zug von Altona nach Berlin gekommen war. Auf weitere unbequeme Fragen des Vorsitzenden bezw. des Rechtsbeistandes des "Volksfreund", des ehemaligen Braunschweiger Ministerpräsidenten Dr. Jasper, verweigerte Lohse die Aussage. Demgegenüber musste das nüchterne vom Braunschweigischen Oberlandesgericht eingeholte Gutachten des Berliner Polizeipräsidiums über die als Zeugen geladenen Berliner Polizeibeamten eine gute Wirkung hoben. Nicht einer kennte einer ähnlichen Tat, wie sie die Franzen, Guth und achse begangen haben, auch nur verdächtigt werden, so sehr sich der Rechtsbelstand Franzens in dieser Richtung auch bemühte. 5- Die Verhandlung dauert fort.

SPD. Der Reichskanzler hat an Frau Rauscher nachstehendes Telegramm ge-

"Mit aufrichtiger Trauer habe ich die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls erhalten. Zu dem schweren Verlust, der Sie betroffen hat, spreche ich Ihnen zugleich im Namen der Reichsregierung innige Teilnahme aus. Der Verstorbene hat bis zu seinem Tode dem Vaterland erfolgreiche Dienste geleistet Der Tod hat seinem Wirken viel zu früh ein Ziel gesetzt. Die Reichsregierung wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren."

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat an die Witwe des verstorbenen Gesandten Rauscher folgendes Telegramm gerichtet:

"Tief bewegt durch die erschütternde Nachricht von dem Ableben Ihres' verehrten Herrn Gemahls, der sich im Dienste um unser Vaterland aufgerieben hat, möchte ich Ihnen zugleich im Namen des Auswärtigen Amtes zu dem schweren Verlust meine herzlichste Anteilnahme aussprechen. Das Auswärtige Amt wird dem Verstorbenen in dankbarer Erinnerung an seine wertvolle Mitarbeit stets ein ehrendes Gedenken bewahren."

Der preussische <u>Ministerpräsident</u> sandte an Frau Rauscher folgendes Schreiben:

Nachricht vom Hinscheiden Ihres Gatten ist es mir ein Dedürfnis, Sie meines Mitgefühls bei diesem schweren Schicksalsschlag zu versichern. Wer Ihren Gatten aus seiner literarischen Tätigkeit in der Vorkriegszeit kannte, insbesondere aus seinen stärkstes soziales Empfinden atmenden Berliner Briefen in der "Frankfurter Zeitung" und wer dann seine Tätigkeit als Pressepolitiker in verantwortlicher Stellung der jungen Republik miterlebte, weiss, welch ungewöhnliche Begabung mit ihm dahingegangen ist. In der Zeit seiner Warschauer Gesandtentätigkeit hat er darüber hinaus seine diplomatische Befähigung bewähren und sich in den Dienst völkerversöhnender Arbeit stellen dürfen. Auch in der Preussischen Staatsregierung wird ihm alle Zeit ein ehrendes Andenken gewahrt bleiben."

Der Reichspräsident hat Frau Rauscher ebenfalls seine herzliche Anteilnahme ausgesprochen.

SPD. Weimar, 18. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der thüringische Innenminister Dr. Frick hat das sozialdemokratische
"Saalfelder Volksblatt" ab sofort bis zum 31. Dezember einschliesslich verboten.

Das Verbot erfolgte auf Grund eines Artikels in der Letzten Sonntagsausgabe des Blattes, in dem es niess: "Wie lange noch sollen wir diese Mischung von Grüssenwahnsinn und geistiger Impotenz über uns ergehen lassen? Wie Lange noch darf ein eitler Wicht mit primitivstem Gendarmenhorizont sich anmassen, die Knute über der Kunst zu schwingen – und mit brutalen Schlächtermanieren in die subtilsten Bezirke des Geistes zu pfuschen?"

Frick erblickt in vorstehenden Sätzen eine Verächtlichmachung der verfassungsmissigen Staatsform,

Wenn Frick beleidigt wird, so ist das längst keine Verächtlichmachung der republikanischen Staatsform. Vielmehr kann der Kampf gegen Frick, insbesondere wenn er in einem sozialdemokratischen Blatt geführt wird, nur als Kampf im Interesse der Kepublik betrachtet werden. Insofern verstösst das Verbot gegen den klaren Sinn des Gesetzes zum Schutz der Republik. Es ist gesetzwidrig!

SPD. warschau, 18. Dezember (Eig. Drahtb.

Die gesamte polnische Presse begleitet den Tod des Gesandten Rauscher

mit langen Kommentaren.

Die Rechtspresse bedauert die grossen Konzessionen, die Deutschland dank Rauschers Mitarbeit an den beiden historischen Abkommen, dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen und dem Handelsvertrag, erreicht hat. Dessen ungeachtet hebt sie die grosse Bedeutung der Tätigkeit Rauschers in Warschau für den Ausbau guter Beziehungen zwischen Deutschland und Polen hervor. Die übrige Presse betont, dass es für Rauscher sicher schwer gewesen sei, während der Regierungszeit Pilsudskis gute Beziehungen zu den polnischen Linkskreisen zu unterhalten. Dennoch habe er es verstanden, sich die Hochachtung und Schätzung auch dieser Kreise für immer zu sichern.

Am Donnerstag haben fast alle führenden Persönlichkeiten des Warschauer politischen Lebens, Vertreter der polnischen Regierung und fast alle in Warschau akkreditierten Botschafter und Gesandten in der Deutschen Botschaft

Beileidsbesuche gemacht.

SPD. Spandau, 18.Dezember (Eig.Bericht)
Das grosse Schoffengericht Spandau verurteilte am Donnerstag 5 zu den
Nazis zählende Rowdies wegen eines blutigen Ueberfalls auf Reichsbannerleute
zu schweren Gefängnisstrafen. Is erhielten: Die Angeklagten Sabin und Bartschok unter Anrechnung der Untersuchungshaft ein Jahr Gefängnis, der Angeklagte Merwald 6 Monate, der Angeklagte Johann Harms 4 Monate, der Angeklagte
Franz Harms 6 Wochen Gefängnis. Den Angeklagten Franz Harms und Merwald wurde
gegen Zahlung einer Geldbusse von 50 Mark Bewährungsfrist zugesprochen.

Am 31. August veranstaltete der Sozialdemokratische Ortsverein Seeburg im Osthavelland ein Vergnügen, zu dem zahlreiche auswärtige Teilnehmer erschienen waren, darunter auch viele Jungbannerleute aus Spandau. Nach Schluss des Vergnügens wurden die heimkehrenden Jungbannerleute von mehreren Bauernknochten überfallen. Vier Jungbannerleute erlitten erhebliche Verletzungen. Die Jungbannerleute Richter und Reinhardt mussten an den Folgen schwerer Schädelbrüche und Verletzungen viele Wochen im Krankenhause verbringen. Die Haupttäter waren die Angeklagten Sabin und Bartschak. Sabin hat den Jungbannermann Reinhardt mit einem Pflasterstein und einer Autokurbel so zugerichtet, dass ihm ein etwa 5-Mark grosses Stück aus der Schädeldecke herausgeschlagen wurde. Die Angeklagten waren geständig. Auf Grund der Aussagen der 16 Zeugen, die geladen waren, ergab sich ihre Schuld in vollem Umfange. Nur der Angeklagte Merwald, der im Verdacht steht, einen der Jungbannerleute durch einen Messerstich verletzt zu haben, bestritt seine Schuld. Er konnte nicht überführt werden.

In der Anklagerede führte der Staatsanwalt aus, dass die Angeklagten, obwohl sie durchweg unbestraft seien, mit einer exemplarischen Strafe belegt werden müssten, denn der Ueberfall zeuge von einer beispiellosen Rohheit und Verführtheit.

SPD. Paris, 18. Dezember (Eig. Drahtb.)
Ehe sich das Kabinett Steeg. das nach mühsamen Verhandlungen als eine Minderheitsregierung ihs Leben getreten ist, der Kammer am Donnerstag vorstellen konnte, hat ihm sein grosser Gegenspieler und Vorgänger Tardieu einen entscheidenden Schlag versetzt. Kurz vor der Eröfinung der Kammersitzung reichten der Arbeitsminister Thoumyre, der Unterstaatssekretär im Innenministerium Coty und der Unterstaatssekretär im Ackerbauministerium Cautru, den Lockungen und Nitigungen Tardieus folgend, ihre Demission ein. Damit hat die Regierung noch vor ihrem ersten Auftreten vor dem Parlament fünf Mitglieder verloren.

Die dreifache Demission hat in den Wandelgängen der Kammer eine riesige Aufregung hervorgerufen. Als jedoch Ministerpräsident Steeg die Tribune be- 🚉 stieg, um die kurze Regierungserklärung zu verlesen, war sein Urteil eigentlich schon gefällt. Die Radikalen bemühten sich, die eisige Stimmung des Hauses mit ihrem Beifall zu erwärmen. Aber es war vergeblich. Auch die Beredsamkeit Steegs war in ihrer ängstlichen Abgewogenheit und Zurückhaltung nicht dazu angetan, die Stimmung zu heben.

An erster Stelle sproch sich die Regierung für die volle Aufklärung im 🕟 Oustric-Skandal aus, "ohne Schwäche doch mit dem ausschliesslichen Wunsch nach unparteilicher Gerechtigkeit". Die eigentliche Programmerklärung streift dann die Notwendigkeit zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Teuerung, zur schleunigen Ausgleichung des Budgets, zur Fortentwicklung der Sozialgesetzgebung und einer fortschrittlichen Schulpolitik. Nur über die Aussenpolitik spricht sich die Regierungserklärung etwas ausführlicher aus. Frankreich wünsche einmütig den Frieden, so heisst es hier. Aber der Wunsch allein gentige nicht, um den Frieden endgültig zu sichern. Interessengegensätze, Vorurteile aund Verstimmungen trennten noch immer die Völker. Eine internationale Aktion auf dem Gebiet der wirtschaft und der Moral, eine gemeinsame und gleichzeitige Bemühung um Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung könnten allein eines Tages Misstrauen und Groll aus der Welt schaffen. Diese Politik der 💰 europäischen Versöhnung werde die Regierung mit Zähigkeit und Wachsamkeit fortsetzen, nicht aus Furcht oder Schwäche, sondern aus der Ueberzeugung, dass sie die beste und wirksamste Politik für Frankreich sei. Die Erklärung schliesst nach einem Aufruf für den "Frieden in Sicherheit und der Achtung vor den Verträgen" mit einem Appell an die Einigkeit der Parteien.

Als erster Diskussionsredner ergriff der kommunistische Abg. Cachin das Wort, um dem Ministerpräsidenten Steeg seine allzu starken "Anleihen aus dem Programm Tardieus" vorzuwerfen. Die Abgg. Bascou von der radikalen Linken und Laquiere von der Maginot-Gruppe warfen der Regierung vor, dass sie ein verhülltes Kartellkabinett, ein Kampfkabinett darstelle, weil sie sich auf die Unter-

stützung der Sozialisten verlassen müsse. - Die Debatte dauert an.

SPD. Das Auswärtige Amt widmet dem verstorbenen Gesandten Rauscher einen Nachruf, in dem es u.a. heisst:

"Dr. Rauscher hat auf den verschiedenen wichtigen Posten, die er inne hatte, sich hervorragend bewährt und Ausgezeichnetes geleistet. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der dank seiner grossen politischen Erfahrung dazu berufen war, dem Reich noch wertvolle Dienste zu leisten. Ein dauerndes ehrenvolles Gedenken ist ihm sicher."

SPD. München, 18. Dezember (Eig. Drahtb.) In Amberg in der Oberpfalz, wo sich ein wesentlicher Teil der Bayerischen Hüttenwerke befindet, kam es am Donnerstag vor dem Kathaus zu einer grossen-Erwerbslosendemonstration. Vährend der Sitzung des Stadtrates versammelten sich immer grösser werdende Massen vor dem Rathaus, wo von den Kommunisten t blutrünstige Reden gehalten wurden. Schliesslich wählte man einen sogenannten Aktionsausschuss, der im Sitzungssaale vorstellig wurde und ultimativ innerhalb 10 Minuten die Erfüllung bestimmter Forderungen verlangte. Der Stadtkommisser für die Oberpfalz setzte daraufhin Reichswehr ein, die den Platz räumte und die Strassen säuberte. Später fasste der Stadtrat in geheimer Sitzung einen Beschluss, der den Forderungen der Demonstranten einigermassen entgegenkommt. Beschlossen wurde die Einrichtung einer Wärmestube und einer Suppenküche sowie die sofortige Auszahlung einer Beihilfe an die Wohlfahrtserwerbslosen, und zwar für die Ledigen von 6 Mark und für die Verheirateten von 10 Mark. Die an sich noch für dieses Jahr geplante Verabschiedung des bayerischen Wahlgesetzes ist gescheitert, da sich bei den Beratungen im Verfassungsausschuss herausstellte, dass die nach der Verfassung erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zu erreichen ist. Der Stein des Anstosses bildet bei der Sozialdemokratischen Fraktion die von der Regierung vorgeschlagene Einrichtung der Landesmandate, die nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfes lediglich eine fingierte Sache wäre und überdies verfassungsrechtlichen Bedenken begegnet. Die Sozialdenokratie will entweder eine bestimmte Sicherung der Landesmandate oder ihre völlige Beseitigung und dadurch eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten von 128 auf 113.

Die verabschiedung des Gesetzes wurde auf Januar vertagt.

SPD. Wien, 18.Dezember (Eig.Drahtb)

Der Handelsausschuss des Nationalrats hat am Donnerstag den Handelsvertrag mit Deutschland angenommen. Der Berichterstatter erklärte, dass Deutschland sowohl in der Ein- wie in der Ausfuhr Österreichs an erster Stelle stehe. Die Einfuhr aus Deutschland beziffere sich auf 21 Prozent der österreichischen Gesamteinfuhr, die österreichische Ausfuhr nach Deutschland auf 16 Prozent der Gesamtausfuhr. Der neue Vertrag stelle eine Modernisierung der Bestimmungen des Wirtschaftsabkommens von 1920 dar. Er sei durchweg auf den Grundsatz der beiderseitigen vollen Meistbegünstigung aufgebaut.

SPD. London, 18.Dezember (Eig.Drahtb.) Mit 133 gegen 20 Stimmen gab die Fraktion der Labour Party am Donnerstag der von der Regierung vorgeschlagenen und dem Parlament vorzulegenden Wahl-reform ihre Zustimmung.

Die Reform enthält das Alternativwahlrecht und nicht das VerhältnisWahlsystem, wie es die Liberalen gern gesehen hätten. Ferner sind vorgesehen:
Aufhebung der Sonderstimmen für Universitäten und andere Wähler, Beschränkung des Kraftwagendienstes am Wahltage, Herabsetzung der für Wahlzwecke von den Parteien auszugebenden Gelder.

Maxton war gegen diesen Wahlkompromiss mit den Liberalen, Mosley dafür. MacDonald erklärte, ohne diese Wahlreform würden die Liberalen nicht mehr für die Regierung stimmen. Das bedeutete Neuwahlen, die heute gleichbedeutend seinen mit politischem Selbstmord.

SPD. Wien, 18. Dezember (Eig. Drahtb.)
Der Film "Im Westen nichts Neues" wurde am Donnerstag Mitgliedern der
Regierung und der Mehrheitsparteien vorgeführt. Wie eine Korrespondenz berichtet, hatten die Minister und Abgeordneten keinen ungünstigen Eindruck von dem
Film. Sie sähen ihn als einen pazifistischen nicht aber als einen gegen die deutschen Soldaten gerichteten Film an.

SPD. London, 18.Dezember (Eig.Drahfb.)
Unter stürmischem Beifall der Arbeiterpartei brachte der Ministerpräsident
MacDonald am Donnerstag im Unterhaus die Regierungsvorlage zur Aufhebung des
Antigewerkschaftsgesetzes ein. Die erste Beratung ist auf den 22.Januar 1931
angesetzt.

SPD. Braunschweig, 18.13 zember (Eig.Dr.

In der Nachmittagsverhandlung des Braunschweiger Prozesses marschierte ein Beamter der Berliner Polizei nach dem anderen auf und legte Zeugnis gegen den braunschweißer Polizeiminister Franzen ab. Ebenso überzeugend wie Polizeihauptwachtmeister Gehrmann gab der Kriminalassistent Graf eine Schilderung der Situation am 13.0ktober auf der Polizeiwache am Potsdamer Platz. Diesem Beamten wurde der Ausweis des Abgeordneten Lohse vorgelegt. Er machte dem Guth Vorhaltungen, aber der Zwangsgestellte blieb bei seiner Lüge.

Noch einmal hören wir, wie Franzen gehört wird, und der Zeuge Graf entwickelt die Frage ganz präzise: Franzen wurde gefragt, ob die im Ausweis durch Photo abgebildete Person identisch mit dem Zwangsgestellten sei. Auf diese Lage antwortete Franzen: "Der Verhaftete ist der Abgeordnete Lohse." Es verdient hierbei festgehalten zu werden, dass eh nso wie Gehrmann auch Graf angesichts des bestimmten Auftretens von Franzen in seiner ursprünglichen Auffassung irre wurde und schliesslich schwankte, ob der zwangsgestellte Landwirt

Guth nicht doch der Abgeordnete Lohse sei.

Nach Gehrmann und Graf treten die Polizeibeamten Alpert und Wiejanka vor und geben immer die im Wesenskern und im Entscheidenden gleiche Darstellung, weil es eben nur eine richtige Darstellung gebin kann. Nicht anders der Polizeimajor Heinrich. Dieser Zeuge erklärte: "Ich kam zufällig auf die Wache am Potsdamer Platz, um zu telephonieren. Dabei hörte ich von der ganzen Sache. Auch mir bestätigte Franzen: der eingelieferte Guth sei der Abgeordnete Lohse. Aber meine Zweifel waren stärker, ich ordnete deshalb die Ueberführung des Verhafteten zum Polizeipräsidium an. Der letzte beamtete Zeuge war der Berliner Kriminalkommissar Meyer, dem Guth am nächsten Mittag, am 14.0ktober, zur Vernehmung vorgeführt wurde. Meyer widerlegt vor allem das Märchen, Guths Aussagen wären unter dem Druck der Polizei zust inde gekommen. Damit war die Beweisaufnahme geschlossen. Der Senat beschloss nach kurzer Beratung, sämtliche Zeugen unvereidigt zu lassen.

In später Abendstunde begannen die Plädoyers. Zuerst sprach der Rechtsvertreter des "Volksfreund" Dr. Jasper: Franzen hat so lange auf der Polizeiwache die Unwahrheit gesagt, bis er merkte: Jetzt wird es ernst, jetzt schickt Polizeimajor Heinrich den Guth zur Abteilung I A. Da bekam es Fram,en mit der Angst zu tun und sagte zu dem Beamten: "Der Mann ist ja gar nicht Lohse, das ist ja Guth!" Wie übrigens ein braunschweiger Polizeiminister seine Pflicht auffasst, das beweist die Altonaer Rede Franzens. Dort hat Franzen gesagt: "Ich als braunschweiger Polizeiminister bin kein preussischer Hilfspolizeibeamter. Niemals hätte ich einen Berliner Parteigenossen verraten und wenn die ganze Koalition darüber krachen gegangen wäre. Ich stehe in erster Linie als Nationalsozialist auf meinem Posten." Diese Worte Franzens wie die ganze Affäre Guth-Lohse sind eines Polizeiministers unwürdig. Dagegen musste der "Volksfreund" Front machen. Und als er schrieb: "Der Polizeiminister Franzen schützt Betrüger" und "Franzen belügt die Berline" Polizei", da hatte der "Volksfreund" recht. Und weil der "Volksfreund" nur die wahrheit dargestellt hat, deshalb muss die einstweilige Verfügung aufgehoben werden."

SPD. London, 18. Dezember (Eig. Drahtb.)
Die parlamentarischen Vorgänge der beiden letzten Tage haben wieder einmal gezeigt, wie eng die Grenzen der Labour-Regierung gezogen sind, und dass
sie sich zwar im Amt aber keineswegs an der Macht befindet. Wieder einmal
hat ihr das Oberhaus eine beabsichtigte Reform zerschlagen und die Unterhausmehrheit hat sich statt sich auf die Seite der Regierung zus tellen, lieber
von den Lords ohrfeigen lassen, als dass sie der Arbeiterregierung einen
Sieg gegönnt hätte.

Die Regierung hatte vor acht Tagen dem Unterhaus eine Gesetzesvorlage

zugehen lassen, nach der die Farbstoffgesetze von 1920 und die Einfuhrbeschränkung für Farben aufgehoben werden sollte. Das hätte besonders der deutschen Industrie neue Ausfuhrmöglichkeiten gegeben. Das Unterhaus genehmigte die Regierungsvorlage mit 30 Stimmen Mehrheit, das Oberhaus lehnte es jedoch ab, dem Beschluss des Unterhauses zuzustimmen und entschied, die Farbstoffgesetze dur ein weiteres Jahr aufrecht zu erhalten. Da die Regierung diesen Beschluss des Oberhauses ablehnte, musste die Vorlage nochmals dem Unterhaus zugehen und wurde dadurch zu einem Konfliktstoff zwischen beiden Parlamenten. Am Mittwoch kam das Gesetz im Unterhaus wiederum zur Beratung. In der Nachtabstimmung sank die Regierungsmehrheit auf sechs Stimmen. Die Liberalen waren in zwei Hälften zerfallen, teils stimmen sie für, teils gegen das Kabinett. Sieben oppositionelle Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Ein Teil der Konservativen hatte sich gedrückt, um einen Sturz der Regierung während der indischen Konferenz zu vermeiden. Mit einer Gnadenmehrheit von sechs Stimmen liess sich natürlich kein Kampf gegen die Lords führen, umso weniger, da hoch 12 weitere Gesetze vom Schicksal des Oberhauses abhängig sind. Darunter befinden sich schis wichtige soziale Vorlagen, die vor allem den Arbeitslosen Erleichterung pringen sollen. Sollte die Regierung den Konflikt wagen und diese Gesetze im Oberhaus scheitern lassen, angesichts der Mühen, mit denen das Labour-Kabinett diese Gesetze gegen die bürgerliche Unterhausmehrheit durchgekämpft hatte? Sollte die Regierung auf der anderen Seite die Lords, ihre erbittertsten Feinde, um Kompromisse bitten?

Es ware beim Farbstoffgesetz eine Einigung auf der Basis von weiteren sechs Monaten Gültigkeit zu erreichen gewesen, aber die Arbeitslosen hätten die Kosten dieses Kompromisses getragen. Deshalb erklärte Handelsminister Graham, in der Donnerstagsitzung des Oberhauses, die Regierung verzichte auf ihre ursprüngliche Farbstoffvorlage. Damit hat sie gleichzeitig den Entacheid des Oberhauses angenommen, sodass die Begrenzung der Farbstoffeinfuhr weitere 12 Monate gilt. Die englische Arbeiterschaft ist wiederum um ein Beispiel reicher dass man nicht nur um erfolgreich regieren zu können im Amte sitzen, sondern

dass man auch dazu von den Wählern die Macht erhalten muss.

SPD. Braunschweig, 18.Dez. (Eig.Drahtb. In dem Braunschweiger Prozess des sozialdemokratischen "Volksfreund": gegen den Naziminister Franzen setzte das Oberlandesgericht den Termin der Urteilsverkundung auf Sonnabend, 11 Uhr vormittags, fest.

SPD. London, 18.Dezember (Eig.Drahtb.) Der Madrider Korrespondent des "Daily Herald" hat die im Gefängnis sitzenden Führer der revolutionären Bewegung aufgesucht und drahtete darüber seinem Blatt:

Heldenmütig war die Haltung Zamoras, als er seine Aussagen vor dem Militäruntersuchungsrichter machte. Zamora, der von allen republikanischen Organie sationen als erster republikanischer Ministerpräsident ausersehen ist, bekannte sich als Verantwortlicher für den revolutionären Aufstand und die Gesamtbe-

[&]quot;Menschenmassen umdrängen die Gefängnisse, um den Republikanern ihre Anteilnahme und Bewunderung kundzutun. Unter ihnen befinden sich viele Frauen und Intellektuelle. Die Verhafteten sind voll Vertrauens und Begeisterung für die weitere Entwicklung in Spanien. Wir haben vielleicht eine Schlacht verloren, sagte mir einer der Führer, aber wir werden den Endsieg haben. Miquel Maura versicherte mir, die Republikaner seien entschlossener denn je, die Republik zu errichten. Zamora, der Führer der Gesamtbewegung gegen die Monarchie, erklärte, der Kampf habe erst begonnen.

wegung. Das gegenwärtige Regime habe Spanien in die Revolution getrieben, und es gebe keine Ruhe, bis die Republik errichtet sei. Nur dadurch könne: Spanieh gerettet und wieder auf gesunde Grundlagen gebracht werden. Seit sieben Jahren fehlt dem Lande jede gesetzesmässige Ordnung und ist das Volk seiner verfassungsmässigen Rechte beraubt. Zwar versucht die Regierung mit allen Mitteln, die revolutionäre Bewegung als kommunistische Aktion hinzustellen. Das ist jedoch nur bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. Mit Kommunismus hat die republikanische Bewegung nichts zu tun."

Der Korrespondent des "Daily Herald" schliesst seine Mitteilung mit der Feststellung, dass die Revolte noch immer nicht niedergeschlagen sei. Sie dauere in der Provinz weiter fort. Der Belagerungszustand werde noch aufrecht erhalten und in den Strassen Madrids patrouillierten Polizeibeamte mit gela-

denen Gewehren.

SPD. Sofia, 18. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag kam es hier zu Beginn eines Prozesses gegen 17 Jungkommunisten, die umstürzlerischer Umtriebe angeklagt sind, zu erregten Szenen.

Als Vertreter der politischen Polizei den Gerichtssaal betraten, sprang ein Teil der Angeklagten auf und rief erregt: "Hinaus mit diesen Henkern und Mördern!" Der Gerichtsvorsitzende versuchte die Angeklagten, die schliesslich die Internationale singen, vergeblich zu beruhigen. Als der Gerichtsvorsitzend dann die Polizeibeamten aufforderte, die widerspenstigen Angeklagten abzuführe kam es zu einem erbitterten Kampf. Die Beamten gingen mit aufgepflanzten Bajon ten auf die Angeklagten los, schlugen zwei zu Boden und brachten einem mit ein Seitengewehr ausserordentlich schwere Verletzungen am Kopfe bei. Als die wider spenstigen Angeklagten schliesslich überwältigt und abgeführt waren, versuchte der Vorsitzende des Gerichts die Verhandlungen fortzusetzen. Die Zeugen verweigerten jedoch aus Protest gegen die Misshandlung der Angeklagten jede Aussage. Auf Antrag des Staatsanwalts wurden daraufhin 12 Zeugen zu 12 Tagen Dunkelarrest verurteilt und auf der Stelle zur Verbüssung der Strafe verhaftet.

Zwischen der russischen und der japanischen Regierung ist ein schwerer Konflikt ausgebrochen. Die Sowjetregierung hat in Wladiwostok die Zweignieder-Tassung der japanischen Bank von Chosen, ein Unternehmen mit 50 Millionen Pfund Sterling Bankeinlagen, geschlossen. Sämtliche Bücher, Dokumente und Wertgegenstände der Zweigniederlassung wurden von der russischen Regierung beschlagnahm Als Grund nierfür gibt Moskau an, dass die japanische Bank ihren steuerlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei und illegale Geschäfte getätigt habe. Die japanische Regierung drahtete den Bankangestellten, sämtliches Beweismaterial gegen Russland zu sammeln und nach Tokio zu senden. Ausserdem wurden sofort diplomatische Schritte eingeleitet.

SPD. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat sich, nachdem ihre Verhandlungen mit den Gewerkschaften über ein Feierschichten abkommen gescheitert sind, nunmehr entschlossen, allen Werkstätten- und Bahn unterhaltungsarbeitern den Arbeitsvertrag aufzukundigen. Die Arbeiter sollen einen Revers unterschreiben, worin sie sich verpflichten, im nächsten Vierteligahr pro Woche eine Feierschich zu übernehmen.

Der vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands fordert seine Mitglieder auf, diesen Revers ohne Bedenken zu unterzeichnen; denn die Unterzeichnung ist, da sie nur unter dem Druck der Entlassungsdrohung erfolgt, rechtlich unwirksam. Der Vorstand wird auf dem Klageweg das Recht seiner Mitglieder sichern. Er richtet an die Eisenbahner den Appell: Haltet fest zusammen und begegnet dem Angriff der Hauptverwaltung!

SPD. New York, 18. Dezember (Eig. Drahtb)

Die Umsturzbewegung in Guatemala kostete 57 Personen das Leben. Das Militärkabinett hat den ausländischen Missionen inzwischen offiziell mitteilen lassen, dass es die Regierungsgeschäfte übernommen habe.

Vizepräsident Palma ist in die Deutsche Gesandtschaft geflüchtet.

SPD. Weimar, 18. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Redakteur des sozialdemokratischen "Gothaer Volksfreund", Topfer,
ist am Donnerstag wegen Verweigerung der Aussage in dem Disziplinarverfahren
gegen die thüringischen Polizeibeamten in Zeugniszwangshaft genommen worden.

Im Thüringen des Herrn Frick ist kein Ding unmöglich. Zeugniszwangshaft gegen Redakteure ist seit Jahren in keinem deutschen Freistaat mehr angewandt worden. Wenn man sich jetzt im Reiche des Herrn Frick dennoch dieses Erpressungsmittels bedient, so ist das nicht nur ein neuer Beweis für die Rückständigkeit, mit der z.Zt. in Thüringen regiert wird, sondern auch dafür, dass es endlich an der Zeit ist, Methoden, wie sie Herr Frick im Falle Topfer-Gotha angewandt hat, für die Zukunft durch präzise gesetzliche Vorschriften jede Grundlage zu entziehen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. Der deutsche Gesandte in Watschau Dr. <u>Ulrich Rauscher</u> ist in der Nacht zum Donnerstag in St. Blasien im Alter von 46 Jahres einer doppelseitigen Lungenentzündung erleges

٠:

Mit Rauscher hat die deutsche Diplomatie einen ihrer befähigsten Köpfe verloren.

In Stuttgart als Sohn eines Professors geboren, widmete sich Rauscher nach dem Abschluss seines Universitätsstudiums zunächst dem Journalismus. 7 Im Dienste der damals noch demokratischen "Frankfurter Zeitung" brachte er es zu ausgezeichneten journalistischen Leistungen, die grosse schriftstellerische Befähigung und politischen Weitblick erkennen liessen. Während des Krieges war er zwei Jahre an der Front, den Rest verbrachte er bei der politischen Abtei- : lung in Brüssel. Als dann kurz vor dem Zusammenbruch Scheidemann in die Regierung des Prinzen max von Baden eintrat, nahm er Rauscher zu seinem Sekretär. In dieser Stellung verblieb der damals kaum Dreissigjährige bis er zum Pressechef der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes ernannt wurde. Als solcher hat er sich insbesondere um den Aufbau der Presseabteilung der Heichsregierung groß se Verdienste erworben, die in allen Parteilagern anerkannt werden. Bald nach dem Kapputsch ging Rauscher als Gesandter der deutschen Republik nach Georgien, wo er sich nur kurze Zeit auswirken konnte. Die Besetzung dieses Landes und seine blutige Eroberung durch die Sowjets machten der diplomatischen Tätigkeit Rauschers im Kaukasus ein baldiges Ende. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er 1922 zum deutschen Gesandten in Warschau ernannt. Dieses Amt, eines der schwierigsten unserer Diplomatie, hat Rauscher bis zu seinem Tode in ausgezeichneter Weise ausgefüllt.

-Als Rauscher seine Tätigkeit in warschau begann, bestand zwischen Deutschland und Polen ein <u>äusserst gespanntes Verhältnis</u>. Mit Energie und viel Geschick ging Rauscher daran, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zum Nutzen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Minderheit in Polen besser 🤌 und besser zu gestalten. Endlos waren die Schwierigkeiten, die sich seinen Bemühungen um die Veberwindung des unglückseligen Wirtschaftskrieges zwischen Deutschland und Polen durch den Abschluss eines Handelsvertrages entgegen stellten. Trotzdem gelang es seiner Zähigkeit, seinem unverwüstlichen Optimismus und seinem Verhandlungsgeschick, nach endlosen Besprechungen einen Handelsvertragsentwurf mit Polen zustandezubringen, ohne dass ihm dafür Zeit seines Lebens in Deutschland <u>überall</u> die gebührende Anerkennung zuteil geworden wäre. Seit das Vertragswerk fertiggestellt war, stürmte die "nationale" Opposition von Tag zu Tag schärfer gegen ihn an. Nicht nur um sein Werk, sondern um zugleich auch den <u>linksstehenden Politiker</u> und Diplomaten zu treffen. Dass er als Heidelberger Corpsstudent zur politischen Linken in Deutschland übersiedelte und aus dieser Einstellung nie einen Hehl machte, hat ihm unser "nationales" Bürgertum nie vergessen.

Jetzt hat der Tod dem kühnen Diplomaten und geselligen Menschen ein Ende bereitet, ohne dass es ihm vergönnt gewesen wäre, den endgültigen Erfolg seines Schaffens für die Verständigung mit Polen noch zu erleben. In einem Augenblick, in dem er in Warschau besonders notwendig gewesen wäre, in dem Augenblick einer neuen Zuspitzung des deutsch-polnischen Verhältnisses wurde er aus unserer Mitte gerissen. Sein Tod bedeutet insbesondere für die deutsche Diplomatie einen unersetzlichen Verlust, der sich um so tragischer auswirkt, als žehn Monate früher ebenfalls einer unserer befähigsten Diplomaten, unser unvergesslicher Freund Adolf Köster, vom Tode dahingerafft wurde.

Rauschers Andenken wie das unseres Freundes Köster in Ehren zu halten, ist uns selbstverständliche Pflicht.

EI Ê

Eine Provokation.

SPD. Als die Filmoberprüfstelle über den Film "Im Westen minhte Neues" beriet, gab das Reichsministerium des Innern ein Gutachten 1922 623 versot des Films ab. In diesem Gutachten hiess es:

"Das deutsche Volk ist jedoch in diesem Winter in einem Zustand so tie-

fer seelischer Not und innerer Zerrissenheit, dass elles abzulehnen ist, was geeignet wäre, den inneren Zwiczpalt noch zu warbie en. Ueberdies steht die deutsche Politik seit Jahren unter dem Schatten eines verderblichen und beklagenswerten Gesinnungskampfes. Der Reichsminister des Innern bejaht unter dieser Umständen die Frage, ob die Vorführung des Films geeignet sei, die öffentliche Ordnung zu gefährden."

Die gilmoberprüfstelle hat den Film "Im Westen nichts Neues" verboten,

aber sie hat den Film vom Stahlhelmtag am Rhein erlaubt.

Diese Freigabe nach diesem Verbot ist eine Provokation aller deutschen Republikaner, das zynische Eingeständnis, dass in der Filmoberprüfstelle unter parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden wird, dass es dort zweierlei Recht gibt. Selbstverständlich ist der militaristische, reaktionäre, dem Kurs der offiziellen deutschen Aussenpolitik wie dem Bekenntnis zur Reichsverfassung ins Gesicht schlagende Stahlhelmfilm wie kein anderer geeignet, den inneren Zwiespalt zu vertiefen! Jeder Republikaner empfindet diesen Film als eine dreiste Provokation!

Aber kein Reichsminister des Innern hat vor der Filmoberprüfstelle ein Gutachten gegen diesen Film abgegeben! Soll man die Konsequenz ziehen, dass alles, was den nationalsozialistischen Lausejungen missfällt, die öffentliche Ordnung gefährdet, dass aber jede Provokation der Republikaner durch Rechtsradikale erlaubt und erwünscht ist?

Und das deutsche Ansehen im Ausland? Man wird mit Recht sagen: Kaiserparaden, bei denen Parademarsch geklopft, Militärmärsche gespielt und Hurra gerufen wird, dürfen der deutschen Jugend vorgeführt werden, Bilder aus dem Krieg aber, in dem wirklich geschossen und gestorben wird, nicht!

Aber das eine folgt aus dem anderen! Die Hurrastimmung der Kaiserparade erzeugt die Hurrastimmung für den Krieg. Die Lüge, dass der Krieg im Grunde genommen nur eine grosse Parade oder ein grosses Manöver sei, ist der Opium, e mit dem man die heranwachsende Jugend einzuschläfern wünscht.

Die Filmoberprüfstelle hat sich nach diesen Leistungen als eine Institution zur Förderung militaristischen Geistes enthüllt. Sie ist eine amtliche Einrichtung, und jede Regierung, die diese Entscheidung stillschweigend hin nimmt, macht sich mitschuldig.

Sie haben ihn nicht gesehen!

Unter den Länderregierungen, die seinerzeit das Verbot des Films "Im We sten nichts Neues" beantragt haben, befand sich auch die württembergische Regierung. Dieser Antrag ist umso bemerkenswerter, als er gestellt wurde zu einer Zeit, als die württembergische Regierung den Film überhaupt nicht kannte. Am 11. Dezember erfolgte das Verbot durch die Oberprüfstelle, am 12. Dezember aber erst sahen sich die Instanzen von Württemberg den Film in einem Stuttgarter grossen Kino an. Man hat also ein Urteil nur vom Hörensagen abgegeben!

Es erhebt sich die Frage: Wie ist dieser württembergische Verbotsantrag

zustande gekommen? Wer waren die Drahtzieher, die bei rechtsstehenden Länderregierungen das Verbot beantragt haben? Für welche Organisationen hat die
württembergische Regierung den Strohmann gespielt, als sie in Berlin das Filmverbot beantragte?

Das Sporthemd vor Gericht.

Das Bayerische Oberlandesgericht hat eine letztinstanzliche Entscheidung gefällt, die für die Zurückgebliebenheit der bayerischen Justiz bezeichnend ist. Vor einem bayerischen Gericht war ein Angeklagter im heissen Sommer in einer weissen Hemdbluse erschienen. Das Gericht legte ihm wegen Ungebühr vor Gericht eine Ordnungsstrafe auf. Der Verurteilte berief sich darauf, dass ein besonderer Anzug vor Gericht nicht vorgeschrieben sei und ging an die nächste Instanz. Die Frage, ob die Hemdbluse im Sommer vor Gericht zulässig ist, wurde bis in die letzte Instanz durchgekämpft und das Oberste Landesgericht entschied, dass die Hemdbluse der Würde eines bayerischen Gerichts nicht entspräche.

Da entsteht nun für jeden, der mit bayerischen Gerichten zu tun hat, ein sehr ernstes Problem: Was entspricht der Würde eines bayerischen Gerichts?

Muss es ein Bratenrock sein? Ist die Hitleruniform zulässig? Sind weisse Hemden verboten, aber braune erlaubt? Muss man lange Hosen tragen oder darf man in kurzen Hosen erscheinen? Ist Stehkragen Vorschrift, muss die Krawatte weiss blau sein oder darf sie auch rot sein?

Die bayerische Justiz hat ihre Sorgen, sie kümmert sich um alles, selbst um die Kleidung der Angeklagten. Daher auch ihr Ruf, den sie in den Jahren von 1919 bis 1925 erworben hat. Wer an diese Zeiten denkt, der sagt sich: sie kümmert sich tatsächlich um alles, nur um eines nicht, um die Gerechtigkeit!

Ein schiefgegangener Lobgesang.

In der Hugenberg'schen "München-Augsburger Abendzeitung" veröffentlicht ein monarchistischer Lobhudler einen Geburtstagsartikel zum Lobe der Hermine von Doorn, die er die deutsche Kaiserin nennt. Nur ist dieser Lobhudler sich der Wirkung seiner blumigen Sätze nicht recht bewusst. Der byzantinische Artikel beginnt mit dem Satze: "Er weiss, was Nachtarbeit ist, nämlich der Privasekretär der Kaiserin Hermine."

Das Gesellschaftsspiel.

In der nationalsozialistischen "Flamme" inseriert ein Geschäftsnationalsozialist aus Unterfranken: "Auf keinem nationalsozialistischen Weihnachtstisch oder Parteilokal darf das lehrreiche Gesellschaftsspiel "Der Weg ins Dritte Reich" fehlen. Bezugspreis 3 Mark."

Wir empfehlen, dass zu diesem Gesellschaftsspiel noch einige Figuren hinzugenommen werden. So der Fememörder Heines, der eben erst wieder in einer Rede in Hannover eine Versammlung dazu anreizte, den Oberpräsidenten Noske aufzuhängen, oder jenen Hakenkreuzhelden aus Köln, der bei einer Rauferei zu Boden geschlagen wurde und als er aus der Ohnmacht erwachte, die gemütvolle Frage stellte: wieviel von den Schweinen sind denn verreckt?

Ein Gesellschaftsspiel und noch dazu ein sehr gemütvolles ist dieser "Weg ins Dritte Reich"! Nur wird dies Gesellschaftsspiel nicht zu dem planmässigen Ende führen!

"f. Aŭs aller Welt

Ein neuer Filmskandal!

Severing nicht als "volksbildend" anerkannt - aber dafür die Oderbruchgänse! Was sagt die Reichsregierung zu diesem unerhörten Standpunkt des Lampe=Aus-schusses?

SPD. Der berüchtigte Lampe=Ausschuss hat in der Emelka=Tonwoche ein Ton=filmbild Severings, das von einem So=zialappell des preussischen Innenmi=nisters begleitet war, unter einer beispiellosen Begründung das Prädi=kat "volksbildend", das für die Kino=besitzer eine Steuerermässigung zur Folge hat, versagt. In derselben Begründung bekommen Oderbruchgänse das dem preussischen Innenminister versagte moralische Zeugnis zugesprochen.

Die Kulturreaktion rüstet zum Angriff. Wildgewordene Spiesser und moralinsaure Tanten als Filmrichter und Prüfer beschneiden und verstümmeln medizinische Aufklärungsfilme bis zur Unkenntlichkeit, in Ehren grau gewordene Heimatkrieger verbieten die Wahrheit über den Krieg und nehmen sogar Anstoss, wenn
dem seligen Barbarossa in einem harmlosen Lustspiel der oft besungene Bart ton
filmbildlich durch den Tisch wächst oder wenn der alte Petrus in simplen Hauslatschen durch sein himmlisches Gelände pilgert. Aber die militaristischen
Schwindelfilme der Fridericus-Rex-Ufa finden die wärmste Anerkennung bei jener
reaktionären Bürokratie, die sich ohne jede Kompetenz anmasst über Dinge der
Kunst oder Nichtkunst zu entscheiden.

Eine besondere Rolle in diesem Kampf des Muckertums gegen alle freiheit=
lichen und künstlerischen Regungen auf dem Gebiete des Films spielt der soge=
nannte "Lampe=Ausschuss", dessen Aufgabe es ist,festzustellen,ob ein Film das
Prädikat "künstlerisch wertvoll" oder "volksbildend" erhalten kann oder nicht.
Da die Bestätigung des künstlerischen Wertes oder der volksbildenden Qualitä=
ten einen Film sehr erhebliche Ermässigungen der Lustbarkeitssteuer verschafft,
ist natürlich seine Verbreitung von dieser Auszeichnung bezw. Nichtauszeichnung
in hohem Masse abhängig. Wes Geistes Kinder Lampe und die Seinen sind, beweisen
ihre Urteile, gegen die übrigens ein rechtlicher Einspruch nicht erhoben werden
kann. Während die Filme der Hugenberg'schen UFA "Frau im Mond", "Metropolis",
"Spione", "Die letzte Kompagnie" usw., ja sogar der nationalistische Kitschfilm
"Scapa Flow" als "volksbildend" bezeichnet wurden, wurden ungleich wertvollere
Filme, wie "Cyankali" und "Giftgas", von jeder Vergünstigung ausgeschlossen.

Was aber ist weiterhin nach Ansicht d.s Lampe=Ausschusses nicht volksbildend?! Der Ausschuss hat dieser Tage einem Bild der Emelka=Tonwoche gegenüber
ein kaum glaubliches Urteil gefällt. Es handelt sich um einen ausgesprochen
rüden und pöbelhaften Kommentar des Ausschusses zum Text einer Aufnahme des
preussischen Innenministers Severing, der anlässlich einer Haydn=Gedenkfeier im
Burgenland folgendes in der Tonfilmaufnahme gesprochen hat: "Unsre deutschen

Volksgenossen in Burgenland rüsten zu einer Feier, die dem Andenken des Mannes gilt, der uns die Melodie zum Deutschland=Lied beschert hat. Wir wollen an die ser Feier gerne mittun. Aber Lieder und Gelübde soll man nicht nur singen, sone dern auch leben. Deutschland, Deutschland, über alles, d.h. wenn es stets zu Schutz und Trutze, brüderlich zusammenhält! Der kommende Winter der Arbeitslosigkeit und der Entbehrung gibt uns Gelegenheit, zu beweisen, dass wir zum Schutze der Schwachen zusammenhalten. Volksgenossen, schützt die Schwachen! Trotz der Not gebe jeder sein Scherflein zum Hilfswerk für die darbenden Volksgenossen!

AZU diesem in jeder Beziehung einwandfreien Text des Tonbildes Severing hat der Lampe-Ausschuss in seiner Begründung der Nichtanerkannung der EmelkaTonfilmwoche u.a. zu bemerken... "Dagegen wirkt die Ansprache von Minister Severing merkwürdig zusammenhanglos. Das Burgenland und Joseph Haydn lassen; sich wirklich nicht dadurch mit dem Hilfswerk für die Not im gegenwärtigen Winter verkhüpfen, weil in dem später zu der Haydn'schen Melodie gedichteten Text die Worte vom brüderlichen Zusammenhalten vorkommen". Und dann heisst es, in ganz offenem und kaum verhülltem Hohn wörtlich weiter: "volksbildend sind jedenfalls ausser der ersten Szene (es handelt sich hier um eine Aufnahme des früheren argentinischen Präsidenten!!!) nur noch gewesen die Veranschaulichung des Trokkentrainings in Amerika und die Oderbruch-Gänse"....

Ein Kommentar zu dieser skandalösen Begründung erübrigt sich. Die partei=
politische Absicht ist zu offensichtlich. Eine Aufnahme des früheren argenti=
nischen Präsidenten ist nach Ansicht des famosen Lampe=Ausschusses "volksbil=
dend", eine Ansprache des preussischen Innenministers Severing über die Not der
deutschen Volksgenossen aber nicht. Als Illustration zu diesem unerhörten
Spruch eines Ausschusses, der sich mit dieser Entscheidung das Recht verwirkt
hat, als unparteiische Behörde anerkannt zu werden, sei noch der Kommentar von
Lampe und Co. zu einem anderen Emelka=Tonbild des Reichstagspräsidenten Paul
Löbe verzeichnet, von dem die Herren des Ausschusses folgendes zu sagen haben:
"Diese Szene befriedigt nicht sonderlich. Löbe spricht über den neuen Reichstag
und seine Aufgaben... Der blosse Inhalt, Löbe zu sehen und sprechen zu hören,
hätte sich doch wohl verbinden lassen können und sollen mit Werten des Gesprochenen an sich" (!) Auch diese Woche ist nicht als volksbildend anerkannt wor=
den!

Es ist zu hoffen und zu erwarten, dass zu diesen grotesken Entscheidungen des Lampe-Ausschusses noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

K.K.B.

Chinesenmord vor deutschen Richtern. Der chinesische Schiffsheizer Wöng Yin, der in der Nacht zum 29. September im Hafen von Harburg=Wilhelmsburg an Bord eines englischen Dampfers einen anderen Chinesen wegen einer Spielschuld in Höhe von sechs Pfund mit seinem Messer erstochen hatte, wurde vom Landgé= richt in Stade zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Um Bullerjahns Schuld. In Beantwortung des Gesuches um das Wiederaufnahmeverfähren im Falle des vermutlich unschuldig zu 15 Jahren Zuchthaus verurteil=
ten Lagerverwalters Bullerjahn, das durch den Reichstagsabgeordneten R.A. Dr.
Kurt Rosenfeld beim Reichsgericht eingereicht worden ist, gibt der Oberreichsanwalt vorläufig inoffiziell die Erklärung ab, dass das Wiederaufnahmeverfähren
nicht zulässig sei. Im Gegensatz zu Dr. Rosenfeld steht der Oberreichsanwalt
auf dem Standpunkt, dass das von der Verteidigung beigebrachte neue Material
nicht so wesentlich sei, dass prozessordnungsmässig die Wiederaufnahme des Verfahrens eingeleitet werden könne.

Aufgeklärte Schiesserei. Von Beamten der Berliner Kriminalpolizei sind der 27 Jahre alte Otto Thatell und der 24 Jahre alte Fritz Schuber verhaftet worden; beide haben gestanden, vor wenigen Tagen in der Berliner Friedrichs= gracht Schüsse abgegeben zu haben, durch die der Arbeiter Erich Worgull schwer verletzt worden ist. Ueber die Motive der im Milieu der Berliner Unterwelt spie lenden Tat verweigern die Verhafteten jede Auskunft.

Wahnsinnstat eines Armeniers. In einem Vorort von Lyon wurde die Witwe Rachel Mizakian von ihrem Untermieter Ezegnel Govertchinian, einem 29 jährigen Armenier, abends auf der Strasse erschossen. Als mehrere Passanten der Frau zu Hilfe eilen wollten, richtete der Mörder die Waffe gegen die Menge und versletzte zwei Personen durch zahlreiche blindlings abgefeuerte Schüsse. Dann ersgriff der Armenier die Flucht. Ein inzwischen alarmiertes Polizeiauto mit acht Mann Besatzung verfolgte ihn. Mit Hilfe von Scheinwerfern gelang es den Beamten den Flüchtling auf der Landstrasse zu entdecken, als er sich hinter einem Baum verstecken wollte. Es entspann sich ein Feuergefecht, in dessen Verlauf der Arsmenier durch einen Brustschuss getötet wurde. Die Hintergründe der sinnlosen Mordtat sind nicht bekannt. Man glaubt, dass der Armenier in einem Anfall geistiger Umnachtung gehandelt hat.

Zwei Witwen hinterlassen. In Nancy verunglückte der Maurermeister Franscois Gregorio bei einem Strassenbahnzusammenstoss tödlich, worauf seine Ehefrau, die sich kurz vorher in Nancy mit ihm verheiratet hatte, eine Entschädigungssumme von 150 ooo Francs von der Strassenbahngesellschaft verlangte. Gleichzeitig machte aber auch eine Spanierin, Josephine Martinez, eine Entschädigung von 250 ooo Francs geltend, mit der Begründung, dass Gregorio, der früher in Spanien gelebt hatte, mit ihr in Capablanca von einem marokkanischen Priester getraut worden sei. Die Strassenbahngesellschaft weigerte sich natürlich, beiden Frauen die verlangten Summen zu zahlen. Es kam zu einer Gerichtsverhandlung, deren Entscheidung nur der französischen Frau des Verstorbenen das Recht auf die Entscheidung zusprach. Die erste Ehe mit der Spanierin erklärte das Gericht nicht für rechtsgültig, da das Paar nur von einem marokkanischen Priester getraut worden sei.

Selbstmord auf offener Bühne. In Kanschau (Tschechoslowakei) brach die Schauspielerin Franziska Engelmayer bei einer Aufführung der Operette "Pagani=ni" kurz nach Beginn des zweiten Aktes auf der Bühne tot zusammen. Ein Arzt stellte fest, dass die Künstlerin kurz vor ihrem Auftreten in selbstmörderischer Absicht grössere Mengen Gift zu sich genommen hatte. Vermutliches Motiv: un= glückliche Liebe.

Neue Expedition zum Andréelager? Zwischen norwegischen und schwedischen Ge lehrten finden gegenwärtig Verhandlungen statt über eine neue Expedition nach der arktischen Insel Kvitoyen, auf der im vergangenen Sommer die Jeberreste der Andréeschen Polarexpedition gefunden wurden. Die geplante Expedition soll im Juli des kommenden Jahres stattfinden und insbesondere einer Untersuchung der Meeresströmungen bei Kvitoyen und der Topographie der Insel selbst, sowie des dort gefundenen Andréelagers dienen.

Selbstmordepidemie in Helsingfors: In der finnischen Hauptstadt Helsing= fors herrscht seit einiger Zeit eine wahre Selbstmordepidemie, die fast jeden Tag mehrere Opfer fordert. Die freiwillig aus dem Leben Scheidenden sind meisten: Arbeiter und Angestellte, die aus wirtschaftlicher Not zu der Tat getrieben wer den.



Gewerkschaftsaufstieg in Holland.

(Von unserem Berichterstatter)

SPD.Amsterdam, Mitte Dezember 1930.

Die niederländische freigewerkschaftliche Landeszentrale kann am 1. Januar: auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Das bedeutet nicht, dass vorher in Holland keine starken Gewerkschaften vorhanden waren. Die Begründung des Bundes war, von aussen betrachtet, nur eine Umgruppierung vorhandener Kräfte, aber diese Umgruppierung war zugleich der Beginn eines neuen Aufstiegs.

Als der Niederländische Gewerkschaftsbund an die Stelle seines Vorgängers, des Nationalen Arbeitssekretariats, trat, hatte das niederländische Proletarienat dank der verkehrten Taktik seiner dem Syndikalismus und Anarchismus vere fallenen früheren Iandeszentrale die verlorene Schlacht des Generalstreiks von 1903 hinter sich. Der Irrwahn, mit blosser Gewalt und forschem Draufgängertum die grossen Fragen der Zeit zu lösen, wie er heute im Nationalsozialismus und Kommunismus sich austobt, ist keine neue Krankheit. Er hat die Arbeiterbewes gung schon früher heimgesucht. Gesundung und Fortschritt der Arbeiterbewegung gab es aber immer wieder erst dann, wenn diese Krankheit überwunden war. So war es auch in Holland. Mit der Errichtung des Niederländischen Gewerkschaftsbundes fand der grosse Kampf des demokratischen Sozialismus gegen die anarchistischsyndikalistischen Tendenzen innerhalb der niederländischen Arbeiterbewegung sei nen Abschluss. Was von der alten Bewegung bis zum heutigen Tage noch übrig gestblieben ist, sind Splitter ohne irgendwelche praktische Bedeutung.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund hatte bereits 1914 die Zahl von-80 000 Mitgliedern überschritten. Das Kriegsende brachte einen Zuwachs frischer Kräfte. Im Jahre 1920 wurde eine Mitgliedsziffer von 255 ooo erreicht. Auch die konfessionellen Gewerkschaften hatten einen kräftigen Aufschwung zu verzeich= nen, aber die freigewerkschaftliche Bewegung marschierte doch weit voraus. Das jetzt abgeschlossene dritte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts brachte in Holland wie in allen Ländern schwere Erschütterungen infolge der Nachkriegskrise. Die mitteleuropäische Inflation überschwemmte Niederland mit billigen Waren und die Folge war eine furchtbare Arbeitslosigkeit, schlimmer als in diesen Tagen. Es war ein sichtbares Zeichen für die Stabilität des Niederländischen Gewerk= schaftsbundes, dass er im Jahre 1924, als in Mitteleuropa das Preisniveau sich wieder den Weltmarktpreisen anpasste, immer noch 188 ooo Mitglieder zählte. Mit 1924 begann eine Periode langsamen, aber gesunden Aufschwunges die sich bis heute ununterbrochen fortgesetzt hat. Anfang des Jahres 1930 war bereits wieder eine Mitgliederzahl von 250 000 erreicht worden, so dass man sich annähernd wieder auf der Höhe des Mitgliederniveaus von 1920 bewegte, und im Laufe des Jahres ist diese Ziffer weit überschritten worden. Hält das gesunde Wachstum wie bisher an, dann wird im Jahre 1931 das dritte Hunderttausend freigewerk= schaftlich organisierter Arbeiter bald erreicht sein. Zu den heutigen Gross= verbänden unter den niederländischen Gewerkschaften zählen der Bauarbeiterver= band, der Metallarbeiter- und der Fabrikarbeiterverband; zahlreiche Gewerk= schaften mustern lo ooo bis 20 ooo Mitglieder. An deutschen Masstäben gemessen, sind das natürlich nur kleine Ziffern, aber Holland ist ja auch gegenüber Deutschland nur ein kleines Land. Im grossen und ganzen sind die niederländi= schen Ziffern im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und zur Gesamtarbeiterschaft

den deutschen gleich.

Mit berechtigtem Stolz kann der Niederländische Gewerkschaftsbund auf die Vergangenheit zurückblicken. Mit Vertrauen kann er vorwärts marschieren; denn fester als je zuvor sind seit dem Utrechter Parteitag von 1928, wo der Allgemeine Rat aus Partei und Gewerkschaften heraus als höchste Instanz ins Leben gerufen wurde, heute in Holland Partei und Gewerkschaften miteinander verbungen. Beide sind ein Faktor im politischen und kulturellen Leben des Landes geworden, dessen Einfluss sich immer nachdrücklicher geltend macht.

SPD.Auch die Zementindustrie hat sich der Lohnabbauoffensive des Unterenehmertums angeschlossen. Für die Zementwerke in Schleswig-Holstein wurde bereits anfangs November ein Schiedsspruch gefällt, der die tariflichen Stunedenlöhne um 6% kürzen wollte. Die Arbeiter haben den Spruch einstimmig abgelehm Die Arbeitgeber beantragten Verbindlichkeitserklärung. In den Verhandlungen wiesen die Gewerkschaftsvertreter mit aller Schärfe darauf hin, dass ein Lohne abbau in der Wirtschaftslage der Zementindustrie unmöglich begründet werden könne; eine Verbindlichkeitserklärung dürfe also nicht erfolgen. Bis jetzt ist die Entscheidung des Schlichters noch nicht getroffen. Anscheinend sind auch ihm Bedenken gekommen. Jedenfalls erwartet die Arbeiterschaft. dass dieser Spruch nicht Vertrag wird.

In Westfalen haben anfangs Dezember Verhandlungen über die Forderungen der Untornehmer auf Abbau der Löhne um durchschnittlich 10 bis 13% und Schaffung einer niedrigeren Ortsklasse stattgefunden. In diesen Verhandlungen vermieden est die Arbeitgebervertreter vorsichtig, ihre Lohnabbauforderung mit der wirtschaftlichen lage zu rechtfertigen. Trotzdem fällte der Schlichtungsausschuss Mitte Dezember einen Spruch, der die Löhne um 4 bis 5 Pfennig für die voll= jährigen Beschäftigten gekürzt haben will. Zu diesem Spruch wird die Arbeiter=

schaft noch Stellung nehmen.

Die am 15. Dezember für das mitteldeutsche Zementgebiet stattgefundenen Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt. Bis jetzt war es nicht möglich, eine Einigung zu erzielen, da die Arbeitgeber einen Abbau der Löhne um 11 bis

17:3/4% fordern. -

Man sieht, die Zementindustriellen sind gar nicht bescheiden. In ihrer Haltung wirkt sich die Lohnabbauparole der Reichsregierung besonders verhängenisvoll aus; denn die Zementunternehmer berufen sich ausdrücklich auf den Wunsch der Regierung, die Produktionskosten und Preise abzubauen. Ohne die Lohnabbauparole der Regierung wäre es den Zementindustriellen schlechterdings unmöglich, Lohnabbauforderungen ernsthaft zu vertreten.

Der Preisabbau ist einstweilen wieder einmal vertagt, der Lohn abau aber geht munter weiter. Die Löhne werden Tag für Tag im Zwangsschlichtungsverfaheren gekürzt. Von einem Zwang gegen Monopole und Kartellpreise hört man nichts.

SPD. Die am Tarifvertrag für das <u>Bankgewerbe</u> beteiligten Arbeitnehmerver=
bände haben am Donnerstag zu dem nunmehr vorliegenden Endergebnis der <u>Urab=</u>
stimmung über den Schiedsspruch Stellung genommen. Durchgeführt wurde die Ur=
abstimmung in den Betrieben der Berliner Grossbanken einschliesslich der Reichs kredit-Gesellschaft. Bei der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft sowie der Commerz- und Privatbank hat die Direktion versucht, die Abstimmung zu verei=
teln. Trotzdem wurde die überwätigende Mehrheit der Angestellten in sämtlichen Betrieben durch die Abstimmung erfasst. Die Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Organisationen ist von allen Bankangestellten einstimmig gebilligt worden; auch für etwa notwendig werdende Kampfmassnahmen hat sich die satzungsgemäss vorgeschriebene Mehrheit der Belegschaft in allen Betrieben ausgesprochen.

Ob und inwieweit die Organisationen der Bankangestellten zu Kampfmass= nahmen schreiten müssen, hängt von den, am <u>Freitag</u> im Reichsarbeitsministerium stattfindenden, <u>Nachverhandlungen</u> über den Schiedsspruch ab.

SPD.Die Gehaltskürzungsverhandlungen für die Behördenangestellten, die am Donnerstag vor dem Reichsfinanzministerium stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Die Vertreter der im Allgemeinen freien Angestelltenbund zusammen= geschlossenen Organisationen (Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeister Verband) legten den Verstretern der Reichsregierung dar, dass die Angestellten der öffentlichen Verswaltung einen Gehaltsabzug überhaupt nicht ertragen können; denn diese seien bereits mit 12 bis 13% Sozialversicherungsbeiträgen belastet und meist in einer sehr unsicheren Stellung. Die Verordnung lege im übrigen auch keine Verpflichstung zur Gehaltskürzung auf; sie stelle die Kündigung der Tarifverträge zum Zweck der Gehaltskürzung nur in das Ermessen der Verwaltungen.Das Reichsfinanzsministerium fordere aber trotzdem die gleiche Kürzung von 6% wie bei den Beamsten.

Ministerialrat Dr. Schilling erklärte nach einer Sonderbesprechung der Regierungsvertreter, dass eine Aenderung des Standpunktes des Ministeriums nich eintreten könne. Die Gewerkschaften werden in den nächsten Tagen ihre Abwehr= massnahmen treffen.

weis, dass das Geschrei der Kommunisten, der Deutsche Metallarbeiterverband gehe zurück und die RGO nehme einen grossen Aufschwung, nichts anderes ist als kompletter Schwindel. Wahlberechtigt waren bei den Arbeitern 1805 (im Vorjahr 2688), bei den Angestellten 735 (755). Abgegeben wurden für die Liste 1 der freien Gewerkschaften zum Arbeiterrat 620 Stirmen (889), für die RGO 444 (739), für die Gelben 163 (778), für den Stahlhelm 213 (-), für die Nazi 171 (-).Bei den Angestellten erhielt die Liste des AfA-Bundes 142 Stimmen (128), der DHV 194 (197), die Gelben 120 (139)Stimmen. Die Mandatsverteilung im Arbeiterrat ergibt für die freien Gewerkschaften 5 Mandate (5), die RGO 3 (4), die Gelben 1 (4), den Stahlhelm 1 (-), die Nazi 1 (-). Im Angestelltenrat hat sich in der Mandatsverteilung nichts geändert. Im Betriebsrat verlieren die Gelben 2 Man= date zugunsten der Nazis und des Stahlhelms; sonst ist die Zusammensetzung un= verändert.

Die Knorrbremse war jahrelang eine Hochburg der Kommunisten und dadurch auch ein Hauptstützpunkt der Gelben geworden.

SPD. Elberfeld, 18. Dezember (Eig. Drahtb.)
Zwischen dem Industrieverband für Velbert und Umgegend und den Metallar=
beiter-Gewerkschaften kam vor dem Schlichtungsausschuss eine Vereinbarung zu=
stande, nach der vom 1. Februar 1931 ab sämtliche Lohnsätze um 6 Prozent herab=
gesetzt werden.

SPD. Der Schlichtungsausschuss in Köln fällte im Lohnstreit der Mühlheimer Kleinbahnen einen Schiedsspruch, nach dem Lohn und Gehalt mindestens für die Dauer bis Ende Mai um 5 Prozent gekürzt werden sollen.



Bankwirtschaft im Examen.

Der Enqueteausschuss erteilt eine schlechte Zensur.

SPD.Zu den wichtigsten innerwirtschaftlichen Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise gehören angesichts des Kapitalmangels in Deutschland die Kapitalsfehlleitungen und die hohen Kreditkosten, mit anderen Worten, die Auswirkung der Tätigkeit der Banken. In dieses dunkelste Kapitel der Wirtschaftspolitik leuchtet die letzte Veröffentlichung des Enqueteausschusses Der Bankkredit (212 Seiten, erschienen bei Mittler & Sohn, Berlin) endlich einigermassen hinsein. Das Ergebnis ist, das kann man ohne Uebertreibung sagen, vom volkswirtschaft hat verschaftlichen Standpunkt aus gesehen erschütternd. Die Bankwirtschaft hat vers

sagt.

Wir hatten in den letzten Jahren eine sehr starke Konzentration im Bank= wesen und sehr zahlreiche Zusammenbrüche. Dennoch ist die Uebersetzung des Bank: gewerbes, auch des öffentlichen Bankwesens, im Vergleich zu dem bewältigenden Kreditumfang und Geschäftsverkehr überraschend gross. Die Berliner Grossbanken haben von 1914 bis 1928 129 Privatbanken, 66 Provinzaktienbanken und 15 Ge-nossenschaftsbanken in sich aufgenommen. Sie haben die Zahl ihrer Filialen von 150 Ende 1913 auf 900 Ende 1923 erweitert und Ende 1929 lag mit 750 Filialen die Zahl um 600 über dem Stande von 1913. Die Zahl der Filialen von drei gros≖ sen Provinzbanken ist von 1913 bis 1929 von 100 auf 290 gestiegen. Trotz dieser riesenhaften Konzentration bei den grossen Banken stieg die Zahl sämtlicher unabhängigen Provinzaktienbanken noch von 336 auf 384, die Zahl der Privatban= ken lag Anfang 1930 mit rund 2000 immer noch um mehr als 10 Prozent über der Zahl von 1913. Auf der anderen Seite aber ist die Bilanzsumme der Grossbanken gegen die Vorkriegszeit fast unverändert, die durchschnittliche Bilanzsumme der provinziellen Filialbanken ist von 62,7 auf 32,4 Millionen gesunken! Eine ähn= liche Aufblähung besteht aber auch bei den Kreditgenossenschaften und Spars kassen. Es gibt zwar nur 1400 Kreditgenossenschaften gegen 1550 im Jahre 1913, aber die gesamte Bilanzsumme betrug Ende 1929 nur 1,80 gegen 2,15 Milliarden 1913. Die Zahl der Annahmestellen der Sparkassen war 1930 gegen die Vorkriegs= zeit von 11700 auf 12600 gestiegen, die gesamte Bilanzsumme dagegen von 20,11 auf 12,82 Milliarden gesunken!

Angesichts dieses gewaltig aufgeblähten Bankenapparates bei relativ noch immer viel kleinerem Geschäft, besonders wenn man die Geldentwertung berückssichtigt, entstehen natürlich erheblich grössere Kosten. Den Feststellungen im Anhang des Berichtes über die Entwicklung der Zinsspanne (Differenz zwischer den gewährten und verlangten Zinsen einschliesslich Provision) kommt deshalb die grösste Bedeutung für die Beurteilung des volkswirtschaftlichen Nutzeffekstes der Bankentätigkeit zu. Der Enqueteausschuss hat für 1912 eine Zinsspanne von nur 1,4 Prozent festgestellt; für 1913 von 1,5 Prozent. Im Jahre 1926, zwei Jahre nach der Stabilisierung betrug die Zinsspanne nicht weniger als 3,4 Prozent. Sie sank bis 1928 auf 2,9 Prozent und blieb 1929 unverändert. Essteht also fest, dass die Zinsspanne heute doppelt so hoch ist als in der Vorskriegszeit, was einer volkswirtschaftlichen Verteuerung der Kapitalsammlungse und Kreditwerteilungsfunktionen um nicht weniger als 100 Prozent entspricht. Die Tätigkeit des Bankgewerbes hat mit anderen Worten die grösste Verteuerung zu verzeichnen, die in Deutschland überhaupt festzustellen ist. Dabei ist noch zu

berücksichtigen, dass die beträchtlich billigeren ausländischen Gelder einen grösseren Nettoüberschuss lassen und dass die angewandte Errechnungsmethode der Zinsspanne sich nach den Gewinn- und Verlustziffern der Bankabschlüsse sich richtet, so dass sich wohl eine noch höhere Zinsspanne ergibt.

Nun haben die Banken seit 1926!27 sehr stark rationalisiert und ihre Personal- und Sachkosten erheblich gesenkt. Da aber 1928 und 1929 die Zinsspanne sich nicht verringert hat, ergibt sich daraus der Schluss, dass bei den Banken (wie bei der Industrie) die Rationalisierungserfolge nicht zur Verbilligung der Preise, d.h. hier zur Senkung der Kreditkosten verwendet worden sind. Der Bericht sagt selbst, dass die Gewinnspanne der Banken, unter Berücksichtigung also auch der erhöhten Angestelltengehälter in der Zeit von 1926 bis 1929 trotz der absoluten Verringerung der Zinsspanne sich noch vergrössert hat. Diese Feststellung ist wichtig auch für den von den Banken jetzt geplanten neuen Geschäftsumfang nach der Summe der Kreditoren von 1926 bis 1929 um 88 Prozent gestiegen ist, die auf die Kreditoren erzielten Erträge um 62 Prozent, die Summe der Handelsunkosten und Steuern dagegen in denen auch die Gehälter enthalten sind, nur um 21 Prozent! Das war gewiss in den fetten Jahren der Banken; aber es wäre eine grosse Ungerechtigkeit, in dem ersten mageren Krisenjahr die Ansgestellten allein für die Krisenverluste büssen zu lassen.

Der geringe volkswirtschaftliche Nutzeffekt der deutschen Bankwirtschaft zeigt sich natürlich ausser in dem hundertprozentig überhöhten Kapitalpreis in sehr schwerwiegender Weise auch bei den Fehlleitungen von Kapital, für die in erster Linie die Banken verantwortlich sind. Allgemein stellt der Bericht dazu fest: "Es besteht... im allgemeinen viel weniger wirtschaftspolitische oder in= dustriepolitische Führung durch die Banken, als man auf Grund der Grösse der Kapitalien, die durch sie geleitet werden, leicht geneigt ist, anzunehmen Es werden von verschiedenen Seiten des Bankgewerbes aus Kredite an dieselben oder an verschiedene Unternehmungen einer Branche gewährt und dort eine Expansion begünstigt, die nicht im Verhältnis zu deren optimalen Absatzmöglich= keiten steht. "Es wäre durchaus denkbar, dass durch grössere Planmässigkeit und gegenseitige Fühlungnahme manche Fehlinvestitionen vermieden werden könnter Was diese sehr vorsichtige Formulierung für die Volkswirtschaft bedeutet, dazu ist nur der Hinweis auf den <u>Favag-Skandal</u>, auf die übermässige Ausdehnung der Kunstseiden-Stickstoff- und Eisenindustrie, auf die durch die Misshandlung der Aktionäre überhaupt nicht mehr funktionierende Börse und auf die jetzt zahl= reich erfolgenden Grosszusammenbrüche notwendig.

Zunehmende Konzentration und beherrschende Stellung der Grossbanken ermöglichten naturgemäss auch eine stärkere Wirkung der von den Banken so gern als nicht existierend bezeichnete Bankenkartelle (Konditionskartelle).Sie halmten die Zinsspanne hoch und wie das geschieht, zeigt am besten der Wortlaut des Berichtes über die Art, wie man Kartelldisziplin erzwingt: Diese Disziplin wird nicht durch vertragsmässige Strafbestimmungen oder ähnliches erzwungen, doch hätte die jeweilige Mehrheit (in der Berliner Stempelvereinigung und den 100 örtlichen Bankvereinen) durch die Möglichkeit, den Kreditverkehr abzubrechen, ausserordentlich starke Mittel zur Verfügung, die vom Vorsitzenden der Stempelmereinigung selbst als "Todesstrafe" bezeichnet wurde. Das ist deutlich genug.

Unmöglich, das ganze Material des Enquetebandes auf kurzem Raume auszu= schöpfen. Aber man kann feststellen, dass in der deutschen Bankwirtschaft in derselben Weise wie in den Kartellindustrien eine übergrosse und deshalb teu= ere Kapazität besteht, dass die Kapitalpreise überhöht sind, dass die schwer= sten Fehldispositionen vorliegen und dass sich der soziale Druck auf die Ansgestellten in dem gleichen Masse verschärft, in dem die Bankenwirtschaft selbst versagt.

: :.

SPD. Inmitten schwerer Tage, wo es wirklich um das Schicksal und die Zu= kunft so manchen öffentlichen Betriebes geht, hat der Gesamtverband der Arbeit nehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und des Warenverkehrs ein Handbuch der öffentlichen Wirtschaft herausgegeben. Wir hätten gewünscht, ein derartiges Nachschlagewerk schon vor Jahren in der Hand gehabt zu haben. Es hätte die Debatten um den öffentlichen Betrieb heilsam befruchtet.

Dieses Werk will zunächst Waffen gegen die Hetze des öffentlichen Betriebs. geben, gegen eine beispiellose Demagogie, hinter der sich wohl zu 100% brutaler Geschäftsegoismus versteckt. Wenn die Privatindustrie die Wirtschaftskrise, be= nutzen will, um die rentabelsten Teile der öffentlichen Wirtschaft einzustecken dann muss sie eine moralische Rechtfertigung vor der Oeffentlichkeit haben. Ohn weiteres lässt sich die Allgemeinheit nicht berauben. So behauptet man einfach, der Gemeindebetrieb sei eine schlechte und unrentable Wirtschaft, und leider hat sich die Steuer auf Gas, Wasser und Elektrizität (zu der die Städte gezwunz gen waren, weil andere Möglichkeiten der Geldbeschaffung fehlten) vielfach zu einer derartigen Belastung der breiten Massen entwickelt, dass das unsinnige Argument der Privatindustrie für unkritische Gemüter den Anschein einer Berech tigung erhält. Dass die private Industrie die Energieerzeugung und die Energie= preise schonungslos monopolisieren bezw. überteuern würde, das würden diese un= kritischen Geister erst merken, wenn die private Industrie ihr Ziel erreicht und den Kommunen ihre wertvollen Wirtschaften abgejagt hat. Es ist zu begrüssen, das das Handbuch des Gesamtarbeiterverbandes in den öffentlichen Betrieben die höhe re Produktionsstufe zeigt, die Gemeinwirtschaft, die grössere Wirtschaftlich= keit.

Interessant ist die Auseinandersetzung im Handbuch über die sogenannte kal te Sozialisierung. Es gibt kaum ein Schlagwort, mit dem grösserer Unfug in der deutschen Oeffentlichkeit angerichtet worden ist. Mit diesem Schlagwort hat man eine Brunnenvergiftung getrieben, die den Raubzug auf die öffentlichen Betrie= be und die Taschen der Allgemeinheit erst möglich gemacht hat. Das Handbuch stellt fest, dass die Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft zwangsläufigen Charakter hat und keine "kalte Sozialisierung" darstellt. Das geht schon daraus hervor, dass sich ein Vordringen der öffentlichen Wirtschaft auch in allen andes ren entwickelten Kulturländern, mehr oder weniger stark ausgeprägt, feststellen lässt. Das Handbuch demonstriert diese Gedanken durch ein fesselndes Material, das ausserordentlich wichtige Vergleichungsmöglichkeiten mit der deutschen Ent=

wicklung bietet.

Wir behalten uns eine eingehende Besprechung des Werkes vor. Vorerst einige kritische Bemerkungen: Man hört von der Privatindustrie in der Oeffentlichkeit so viel, von der öffentlichen Wirtschaft so wenig. Wenn irgendetwas los ist in de Privatindustrie, eine technische Neuerung, eine wirtschaftliche Umorganisierung, etwas, was nach Prestige und nach Verdienst aussieht, das wird in tausend und abe tausend Zeitungen gebracht und gebührend gewürdigt. Was hört man eigentlich aber von den technischen und wirtschaftlichen Grosstaten der öffentlichen Betriebe? So gut wie garnichts! Der öffentliche Betrieb ist in der deutschen Journalistik das Aschenbrödel. Wenn wir heute eine Mentalität haben, die für den öffentlichen Betrieb nicht gerade günstig abgestimmt ist, so geht das u.a. zweifellos auf Feh ler zurück, die seit Jahren publizistisch gemacht werden. Wir haben in den öffent lichen Betrieben tausende von Leuten, die an die Presse Material und Nachrichten geben könnten, die die Oeffentlichkeit entscheidend und günstig für den öffent lichen Betrieb beeinflussen könnten. Sie tun es aber nicht. Man liebt vielfach. Geheimniskrämerei. Diese Unterlassungssünden haben sich gerächt. Das muss einmal gesagt werden. - Hoffentlich ist der Schritt des Gesamtarbeiterverbandes, die Veröffentlichung des Handbuchs der öffentlichen Wirtschaft der erste Schritt, gut zu machen, was in der Vergangenheit schlecht gemacht worden ist. Vieles Wertvolle, was sich schon beim blossen Durchblättern des Handbuchs ergibt, schreit geradezu nach einer besseren Publizistik.

SPD. Nach Mitteilung der Reichsbahn hat sich die "sinkende Kaufkraft" weiter ungünstig auf den Güterverkehr ausgewirkt. Im November wurden arbeits= täglich 138 219 Wagen gestellt gegenüber 139 355 im Oktober und 165 256 im November 1929. Der Personenverkehr leidet weiter unter den überhöhten Tarifen und ging auch im November zurück.

Für den Monat Oktober werden Einnahmen in Höhe von 405,32 Millionen Mark festgestellt und Ausgaben in Höhe von 406,93 Millionen Mark. Die Einnahme blieb gegenüber der im Oktober 1929 um 73,5 Millionen Mark zurück. Damit ergibt sich seit Beginn des Geschäftsjahres ein Defizit von 630,4 Millionen Mark. Für Oktober wird ein Personalbestand von 676 341 Köpfen gemeldet gegen

Für Oktober wird ein Personalbestand von 676 341 Köpfen gemeldet gegen= über 693 846 im September. Die Abbaumassnahmen haben sich also im Oktober stark ausgeprägt.

SPD.Die Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken Aktiengesellschaft in Köln legt nach der grossen Rationalisierung, wobei im Westwaggon die Waggonfabriken in Düsseldorf und Hagen stillgelegt bezw. liquidiert wurden, ihren ersten Abschluss vor, der wiederum die Zahlung einer Dividende von 7% vorsieht. Die Entwicklung wird als "nicht ungünstig" bezeichnet und die Bilanz lässt vermusten, dass man für bevorstehende Kämpfe auf dem Auslandsmarkt für entsprechende stille Reserven gesorgt hat. Der Reingewinn hat sich von 3,57 Millionen auf 4,4 Millionen Mark gesteigert. Der Reingewinn wird mit 1,26 Millionen Mark um über eine viertel Million Mark vermehrt ausgewiesen.

In dem Geschäftsbericht wird u.a. noch auf die Bestrebungen nach <u>internatinalem Zusammenschluss</u> hingewiesen. Dem Internationalen Waggonkartell stünder noch die Tatsache entgegen, dass die einzelnen nationalen Industrien ihre Konzentration noch nicht abgeschlossen hätten. Die einzelnen Länder hätten noch die Feuerprobe wirtschaftlicher Einsicht zu bestehen. Je nachdem, ob diese Einsicht vorhanden sein werde oder nicht, müsse man mit Kämpfen auf dem internationalen Markt rechnen. Westwaggon sei bereit, die neuen Kämpfe aufzunehmen.

SPD.Die Stadtverwaltung in Köln beabsichtigt, den Strompreis generell um einen Pfennig für die Einheit und den Gaspreis um 3 Pfennig bei Voraussetzung eines Mindestverbrauches von 8 cbm zu ermässigen.

SPD.Der französische Aussenhandel im Monat November hat bei 4,2, (4,52" im Oktober) Milliarden Franken Einfuhr und 3,44 (3,50) Milliarden Ausfuhr ein Defizit von 809 (1 017) Millionen Franken zu verzeichnen. Für die ersten elf Monate des Jahres stellt sich danach die Einfuhr auf insgesamt 48 (53) Milliare den, die Ausfuhr auf 39½ (45½) Milliarden Franken. Die gesamte Unterbilanz des Aussenhandels beträgt also 8,41 (7,55) Milliarden.

Buttermarkt.

13.4 4.0

SPD.Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 18.Dezember: I. 141 Mark, II. 128 Mark, III. 112 Mark.

Roggen schwächer.

(Berliner Getreidebörse vom 18.Dezember.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Donnerstag in ruhiger Hal= tung. Weizen wurde am Markte der Zeitgeschäfte unverändert notiert. Auch im Lo= kohandel liessen sich die letzten Preise erzielen, da das Angebot klein blieb und die Mühlen gute Kauflust zeigten. Dagegen war die Stimmung für Roggen ent= schieden schwächer. Er erzielte im Zeithandel eine Mark weniger. Auch im Hande mit prompter Ware bröckelten bei stärkerem Angebot die Preise ab. Zu den er= mässigten Preisen kamen jedoch Umsätze zustande. Mehl in beiden Sorten hatte un verändert stilles Geschäft. Für Hafer blieb die Tendenz stetig, für Gerste ruhi 17.Dez.

(ab märkische Station in Mark) 246 - 248 246 - 248 Weizen 155 - 157152출~ 154호 Roggen 201 - 218 202 - 219Braugerste 190 - 194 190 - 194 Futter= und Induszriegerste 140 - 146 140 - 146 Hafer Weizenmehl Roggenmehl 9,75 - 10,25 9,00 - 9,50 Weizenkleie 9,00 - 9,50 Roggenkleie

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 263 (Vortag:263), März $\overline{274}$ - $\overline{273\frac{1}{4}}$ (274), Mai $281\frac{1}{2}$ (-), Roggen Dezember $172\frac{3}{4}$ - $171\frac{1}{4}$ (174), März 182 - $182\frac{1}{4}$ (183 $\frac{1}{2}$), Mai 189 (190), Hafer Dezember - (157), März $166\frac{3}{4}$ - $166\frac{1}{2}$, (167 $\frac{1}{2}$) Mai - (178).

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 19. bis 25. Dezember für A=Milch 17 Pfen: nig, für B=Milch 11 Pfennig, für C=Milch 12 Pfennige. Die A=Milchmenge ist auf 95 % des A=Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch & Pfennig je Liter, für b) mol= kereimässig bearbeitete Milch 1 7 Pfennige je Liter. Dazu tritt Qualitätsbe= wertung nach Fettgehalt und Sauberkeit gemäss dem Berliner Abkommen.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(18.Dezember.)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1 bis 1,20, Rote und Ödenwälder Blaue 1,20 bis 1,40, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 1,40 bis 1,70 Mark.

Die sozialistische Prau

FRAUE'N BEILAGE DES S+P+D

Ar. 95

Berlin, den

18.Dezember 1930

Weibliche Kohlentrimmer.x

SPD. In den westlichen Kulturländern Europas hat sich in den letzten Jahren die Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben immer mehr durchgesetzt. Das junge Mädel und die verheiratete Frau stehen kameradschaftlich an der Seite des Mannes im Arbeitsleben, kämpfen mit ihm für eine bessere Zeit und haben vielfach die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie der Mann. In Osteuropa und im Orient kennt man noch längst nicht in dem Masse wie bei uns die auf gleicher Stufe stehende, freie, vom Manne nicht mehr unterdrückte Frau. Nur einzelne Gestalten zeigen auch hier das Erwachen der Frauenseele, den Drang nach B freiung von sozialer Knechtschaft. Welche Formen der Ausbeutung der Frau heute sogar in unsere näheren Nachbarschaft noch vorkommen, geht aus dem nachstehend wiedergegebenen erschütternden Erlebnis hervor.

Es war im vorigen Sommer während einer Reise auf der Donau. Dieser europa= ische Riesenstron vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer,der die schwermütige Einsamkeit des Westens mit der heissen Glut des Orients verbindet, durchzieht in seinem mittleren Lauf das bunteste und zurückgebliebenste Staatengemisch unsres Erdteiles. Zuerst fliesst die Donau durch deutsches Land, dann durch Oesterreich doch schon die erste Station des Expressdampfers kurz hinter Wien gehört zur Tschechoslowakei. Es ist Bratislava das frühere Pressburg. Dann wechseln in bunter Reihenfolge Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien. Oft gehören die beiden Ufer verschiedenen Ländern an. Geld= und Briefmarkensorten wechseln auf dem Schiffe schneller, als man sie ausgeben kann. Die Anschriften, der Fahrplan und die Speisekarte sind in fünf verschiedenen Sprachen gedruckt. Ebeneo bunt ist das Bild der Passagiere an Deck: Ungarische Mädels in ihren Feiertagstrachten ehrwürdige Bauerngestalten aus der Tschechei in schwarzen Röcken, deutsche Ferienreisende, Pfaffen mit ihren hohen Hüten, bulgarische Studenten in grosstädti= scher Eleganz und bunten Mützen, ein paar sportliche Engländer, kurz: ein Gewirr der verschiedensten Völker und Sprachen. Nur die vorbeigleitende Landschaft.die friedlichen Dörfer, die fruchtbaren Felder und die nahe an den Strom i granrükkenden Berge bleiben immer gleich.

Desto wilder gebärden sich die schwerbewaffneten Soldaten an den Grenzoreten, die das Dasein ihres mehr oder minder von den Grossmächten abhängigen Ländechens beschützen müssen. In dieser Treibhausluft der Unruhe und des politischen Intriguenspiels kann sich natürlich niemals eine gesunde Arbeit und Wirtschaft entwickeln. Die Bauern sind arm und müssen hohe Abgaben für den Aufwand der Riessenheere zahlen. So leidet die breite Masse am meisten unter dieser staatlichen Zersplitterung und politischen Unsicherheit. Die Aufstände und Umwälzungen werdeimmer wieder von der Gegengruppe der Herrschenden ausgenutzt, um dann, nur unter anderer Flagge, wiederholt zu werden. Auch Ungarn hat so nach dem kurzen abenetuerlichen Zwischenspiel einer kommunistischen Diktatur bald in einen krassen Faschismus hinübergewechselt, und das arme Land hat heute unter der schärfsten Unterdrückung zu leiden. Und in diesem schon lange bestehenden "Dritten Reich" machte ich die folgende Beobachtung:

Wir kommen frühmorgends in <u>Mohaes</u> an, einem Orte, bei dem sich ganz in der Nähe Kohlengruben befinden. Von der Schiffsleitung wird bekanntgegeben dass der Dampfer hier wegen Kohleneinnahme einige Stunden Aufenthalt habe. Bis ich aus der Kabine komme, um an Land zu gehen, ist mir der Weg schon versperrt.

Breite Bohlen werden über den Landungssteg gelegt, und interessiert bleibe ich stehen, um mir diese altertümliche Bunkerei anzusehen. In kleineren Handkauren wird der feine Kohlengries über das Deck in die Laderäume gefahren. Doch wer schiebt diese hochbeladenen Karren von der Grube bis ans Herz der Maschinen? Nicht nur Männer, auf deren blossen, von Staub geschwärzten Rücken der Schweiss kleine, weisse Rillen gegraben hat, sondern in der Mehrzahl junge Mädels. Zarte, schlanke Geschöpfe, unterernährte, von der Arbeit schon in ihrer Jugend gebeugte Arbeiter= und Bauernkinder. Unter den herunterziehenden Handgriffen biegt sich ihr Leib nach vorn. Manchmal knicken ihnen die Beine durch. Alle Muskeln sind angespannt und die bleichen Gesichter von wahnsinniger Anstrengung verzerr Aber immer wieder heisst es, im Dauerlauf zurück mit der leeren Karre, denn diese Schufterei geht im Akkord. Für jeden abgeladenen Karren gibt der Vormann an der Brücke eine Marke aus, die sich in köstliches Brot für die hungernden Mäuler zu Hause verwandelt. Darum beeilt sich jeder, denn wenn die Heizräume voll sind, ist die Arbeit zu Ende. Ein noch blutjunges Paar - er mag vielleicht achtzehn Jahre alt sein, sie höchstens sechzehn - löst sich ab, indem sie den leeren Karren zurück schiebt und bis an die Brücke fährt, und er die schwere Ladung den steilen Weg zum Deck hinauf bringt, was immer die gleiche Zeit in Anspruch nimmt. Entsteht eine kleine Pause, so murren schon die Nachkommenden.

So erschuften sich diese heldenmütigen Frauen Tag für Tag mit ihrer Ge= sundheit ihr armseliges Leben, bis der Körper seine Dienste versagt und zusam= menbricht, wie jene Alte, die vor den Augen der Passagiere ohnmächtig nieder= sank, und aus deren Munde sich ein dunkelroter Blutstrom ergoss, bis die ande=

ren Arbeiter sie fortschafften, unwillig über die Störung.

Dann fährt der Dampfer weiter. Ich möchte herausspringen, denn der schwarze Dunst, der jetzt in dicken Schwaden aus dem Schornstein quillt, scheint mir aus einem Höllenfeuer zu kommen, das mit dem Leben junger Menschen unterhalten wird. In den glatten, öligen Fluten schimmern die Blutflecken der sterbenden Frau. Traurig und öde liegen die Ufer, an denen solches Menschenelend herrscht. Im Jahre 1930, ein paar hundert Kilometer von Wien entfernt, unter einer faschisti schen Diktatur.

K.M.

Millionärskinder, die verkümmern.X

(Aus den Berichten amerikanischer Kindermädchen.)

SPD. Im Jahrhundert des Kindes erregen die Enthüllungen amerikanischer Kindermädchen in der New Yorker Presse berechtigtes Aufsehen. Die Memoiren dieser Hausangestellten umfassen nicht etwa mittelbürgerliche oder gar proletarische Zustandsschilderungen - nein - sie haben die Villen der Dollarmillionäre zum Milien.

"Zehn Jahre lang", so berichtet ein Kindermädchen, "habe ich kleine Millisonäre, die elegante Wagen und luxuriöse Babyausstattungen besassen, gebadet, angekleidet, gefüttert, betreut und in den Parks von New York spazieren gefahren. Jetzt bin ich selbst mit einem kleinen Kaufmann auf dem Lande verheiratet und habe drei Kinder, die nie die Bekanntschaft von seidengefütterten Betten gemacht haben. Unser als alt gekaufter Kinderwagen hat im übrigen das viele Faheren, das Krabbeln und Hopsen unsrer drei Kleinen gut überstanden. Ich beneide niemanden um den Luxus, den meine Kinder entbehren mussten, denn sie haben stattedessen ihre Mutter gehabte und das bedeutet weit mehr als der Luxus sämtlicher Millionärskinder, denen ich begegnet bin.

Ich war erst 17 Jahre alt, als ich das erste Mal in Mrs. van Durs imposanten Palast mitten in der feinsten Gegend der fünften Avenue eintrat. Die

Gnädige benötigte eine Hilfe für das Kinderfräulein, deren Obhut die beiden erst kürzlich geborenen Zwillinge anvertraut waren. Mir fiel die grobe Arbeit zu - Windeln waschen - Flaschen spülen - das Kinderzimmer reinigen - das Kinder fräulein bedienen. Da ich aber von jeher kinderlieb war, versuchte ich s, mich auch an die Zwillinge selbst heranzupirschen. Der Junge war kräftig und gedieh unter der regelgebundenen Pflege. Aber das kleine Mädchen - Gloria - wollte nicht so recht. Sie war eine zwarte Knospe - und keine noch so gut ausgebilde= te Kinderpflegerin vermochte sie zur Entfaltung zu bringen. Aufgrund meiner Be= obachtungen entschloss ich mich dazu, meine eigene Theorie in die Praxis umzu= setzen. Ich war nämlich fest davon überzeugt, dass das Kind vor allen Dingen ei= ner kleinen täglichen Ration Liebe bedurfte. Alles andere hatte sie in Hülle und Fülle. Ich hatte indessen nie gesehen, dass Gloria je einen Kuss empfangen, hatte oder ein zärtliches Wort. Die Mutter pflegte einmal am Tage zu inspiziere oder kurz vor der Fahrt in eine Gesellschaft "mal reinzuschauen". In aller Heim lichkeit fing ich an, Gloria zu wiegen, oder ich nahm sie auf und drückte sie an mein Herz, indem ich ganz leise irgendein Kinderlied summte. Nach wenigen Tagen schon erkannte sie mich und streckte die Arme aus, sobald ich auf der Bildflä= che erschien. Ihre Wangen röteten sich - der Appetit wurde angeregt. "Die Medizin vollbringt doch wirklich Wunderwerke!" meinte das nach allen Regeln der Kunst ausgebildete Kinderfräulein. Glorias Hunger nach Zärtlichkeit wurde ge= stillt, und das war ihrer Entwicklung förderlich. Selbstverständlich äusserte ich nicht meine Gedanken - es wäre überflüssig gewesen. Schliesslich bekam joh die Erlaubnis, das Kind zu baden, da es schrie, wenn jemand anders als ich sie an= rührte. Nach einem Jahre wurde die kostspielige Pflegerin verabschiedet, und ich avancierte zum Kindermädchen - eine grosse Ehre für mich, denn im allgemei= nen verlangen die reichen Leute gute Empfehlungen, die von grösserer Wichtigkeit zu sein scheinen als ein sympathisches Wesen oder ausgeprägte Liebe für Kinder.

Van Durs Kinder befanden sich bei mir in guter Obhut, darf ich wohl sagen. In den Parks hatte ich nun reichlich Gelegenheit, die Bekanntschaft anderer Mil= lionärskinder und ihrer Pflegerinnen zu machen. Mir wurde bei dieser Gelegenhei auch klar, weshalb diese Kinder oft schwächer und kränklicher sind als die Kin= der des Mittelstandes oder des Proletariats. Während ich mit anderen Mädchen auf einer Bank sass - die Kinder schliefen in ihren fein lackierten Equipagen sagte plötzlich Ida, die auch einen angehenden Millionär betreute: "Mache Dich heute abend etwas eher frei - es werden auch zwei junge Herren kommen...."

"Ich werde nicht vor halb acht Uhr kommen können. Die Kinder schlafen nich

eher"; entgegnete ich.

Erstaunt riss sie die Augen auf und starrte mich an. "Gib ihnen doch einen Tropfen Opium! Das bekommt mein Junge immer; dann schläft er wie ein Toter, und ich brauche keine Angst zu haben, dass er aufwacht und schreit." - - -

Ein anderes Mädchen war in einem Hause angestellt, in dem sich neben dem Kinderzimmer ein Raum mit Leuchtgas befand. Sie liess immer etwas Gas ins Zimme eindringen, wodurch die Kinder leicht betäubt wurden. Dann ging sie mit ihrem Chauffeur aus. "Das praktiziere ich seit Jahr und Tag. Ich weiss ganz genau; wie viel sie vertragen können", erklarte sie kichernd. "Kindergeschrei kann ich wir lich nicht vertragen."

Als meine Zwillinge fünf Jahre alt waren, musste ich mich leider von ihnen trennen um einer Kindergärtnerin Platz zu machen. Ich kam zu Hardys. Die drei= jährige Sylvia und ihr kleiner Bruder wurden oft dreimal wöchentlich zu teuren Kinderspezialisten gefahren. Beide Kinder hatten die englische Krankheit -eine Erscheinung, die bei den "oberen Zehntausenden" typisch ist. Trotz aller Pflege blieben sie bleich und schwammig mit alten, müden Gesichtern. Wie sorgfältig die Speisen auch immer zubereitet sein mochten - die Kinder heulten immer, wenn sie essen sollten. Vielleicht erklärte sich ihr Zustand auch aus der Tatsache; dass sie die Mutterliebe entbehren mussten, die wichtiger ist als alle Diätreformen und wissenschaftlich zubereiteten Mahlzeiten. Mr. und Mrs. Hardy waren aber zu stark mit der Regulierung ihrer Scheidung beschäftigt, um auch nur das

geringste Interesse für die Kinder aufzubringen. Sylvia nannte ihre Mutter "die feine Dame" und hätte <u>ihren Vater nie im Leben auf der Strasse erkannt</u>. Das Wor "Mutter" existierte nicht in ihrem Wörterschatz - und als sie einmal sah, wie im Park ein Vater mit seinem Jungen spielte, fragte sie erstaunt: "Wieso hat diese Junge einen Mann als Kindermädchen?"

Ein froher Tag für die armen Millionärskinder nahm ein Ende mit schrecken. Ich stahl mich mit ihnen in die Untergrundbahn und fuhr zu einer Verwandten, die in einer Vorstadt ein kleines Landhaus hat. In dieser Familie gab es sechs le= bensfrohe, spielwütige und gesunde Kinder, sodass das Spiel bald im Gange war -im Sandkasten wurden Kuchen gebacken, am Küchentisch tranken sie Milch und assen Zw bäcke - schliesslich spielten sie Pferd und Reiter - und trabten durchs ganze Viertel. Der Jubel war ohrenbetäubend, und es wurde schwer, meine kleinen Milli=. onare wieder mit nach Hause zu bekommen. Leider gab es dann auch noch eine Verkehrsstockung - aber ausgerechnet, während ich mit meinen beiden Zöglingen in de Untergrund bahn sass, hatte Mrs. Hardy den seltenen Einfall, ins Kinderzimmer zu blicken. Als sie dann später erfuhr, dass ihre kostbaren Kinder in einem gewöhn= lichen Zuge gefahren waren und ausserdem noch mit den Kindern "gewöhnlicher" Leute in der frischen Luft gespielt hatten, wäre sie fast in Ohnmacht gefallen und ich erhielt stehenden Fusses meinen Abschied... "Grosser Gott - wer weiss, was die Kinder jetzt für Bazillen aufgefangen haben! Sie können ja angesteckt sein! Nicht auszudenken! Gib ihnen schnell ein antiseptisches Bad! Sylvia hat offenbar schon Fieber. Und Peter ist ganz matt!" Sie begriff nicht, dass Sylvias Wangen vom Spiel gerötet waren und ihre Augen vor Freude glänzten - der Junge war einfach nach seinen ersten Erfahrungen und Anstrengungen beim gesunden und unverfälschten Kinderspiel ermüdet. Aber diese Dame verstand nichts davon! Traurig und bekummert packte ich meine Koffer und verliess die Kleinen, die nie wieder im Sande spielen oder sich mit andern Kindern nach Herzenslust tummeln würden. - - Das sind meine Erfahrungen in amerikanischen Millionärskreisen und die anderer Mädchen unterscheiden sich in nichts davon." Marieluise Henniger.

Allerlei Neujahrssitten. X

SPD. Schon die alten Römer hatten einen überaus strengen Ritus der Neujahrsfeier. Sie hatten den ersten Monat im Jahre dem Janus, dem Gotte mit den
zwei Gesichtern, geweiht und begingen den l.Januar als besonderes Fest, an dem
sie den Bekannten und Freunden Andenken, Süssigkeiten, Blumen und schelmische
Glückwünsche sandten, wobei sie sich aber solcher Worte und Redensarten enthielten, die als böse Prophezeiung für das kommende Jahr hätten gedeutet werden können. Bei anderen alten Völkern feierte man Neujahr erst in dem Augenblick, wo
der Winter zu Ende ging, das erste Grün keimte und den nahenden Zauberer Frühling verkündete. Die Kirche erachtete ursprünglich den ersten Weihnachtsfeiertag als Jahresbeginn und setzte diesen erst später auf den l.Januar fest, d.h.
acht Tage nach Weihnachten.

Ein charakteristisches Merkmal für alle Völker ist es, dass sie sich alle bemühen, dieses Fest im Zeichen der Freude zu feiern. Mit diesem Tage ist eine ganze Reihe von Sitten und Gebräuchen verbunden, die sich zum Teil noch bis heute erhalten haben. Besonders auf dem Lande und vor allem in Osteuropa ist die Sitte verbreitet, auf die Tischdecken ein Häufchen Hafer zu legen und den ganzen Tag über einen Laib Brot auf dem Tische unangerührt liegen zu lassen, zum Zeiche dass das kommende Jahr bestimmt eine gute Ernte bringen möge, damit niemand Hunger leiden müsste. Ferner herrschte früher hauptsächlich an Höfen und beim Adel die Sitte, den Untertanen oft ziemlich reiche Gaben zu schenken. Einen interessanten Einblick gewährt eine alte Aufstellung aus der Zeit des Königs Sigmund I.

von Polen: den Herren Vikaren 10 Zloty, den glückwünschenden Tataren 30 Zloty, den eine deutsche Komödie aufführenden fahrenden Schülern je 1 Zloty und 24 Groschen.

Mit dem Neujahrsfest verband sich im Mittelalter auch die Sitte, dass sicht Studenten gruppenweise versammelten, Töpfe und sonstige Gefässe nahmen und damit glückwünschend von Hof zu Hof zogen, aktuelle Lieder sangen und sich auf diese Weise bemühten, die Freigebigkeit der Gastgeber so gut als möglich anzuregen. Angeblich übertrug sich diese Sitte später auf die Dorfjugend überhaupt und erhielt sich noch bis in die Gegenwart. Noch heute kostümierten sich die jungen Leute in vielen Gegenden als Greise, Zigeuner, Juden, Soldaten oder Bären, ziehen durchs Dorf, singen entsprechende Lieder und teilen freigebig Scherze und Witze aus, umals Gegengabe kleine Geldsummen zu erhalten oder bewirtet zu werden.

In Begleitung des Neujahrsfestes erscheinen aber auch abergläubische Siteten und Prophezeiungen für die Zukunft. Zu den verbreitesten gehört wohl das Blei- und Wachsgiessen durch Mädchen. Auch das Hinauslaufen vor den Hof und Belauschen des Hundegebells gehört dazu. Aus welcher Himmelsrichtung nämlich das Gebell kommt, von dorther wird auch der künftige Gatte kommen. Kommt es von zwe Seiten, dann werden die Brautwerber ebenfalls von zwei Seiten kommen. Kommt es aber vom Friedhof her, dann wird das Mädchen sterben. Herrscht Stille, dann wird sie im folgenden Jahre noch jungfräulich bleiben.

In vielen Gegenden kennt man auch das Ansengen der Obstbäume am Neujahrstage und den Gebrauch, dass man sie mit Stroh umhüllt, damit sie im künftigen Jahre viele und gute Früchte tragen. Nach Beendigung dieser Zeremonie tragen sich die Burschen gegenseitig auf den Schultern als Symboleiner reichen Obsterr te im künftigen Herbst. In den Dörfern des Ostens reicht man am Sylvesterabend fat überall einen aus Buchweizens oder Weizenmehl hergestellten Brei, in den ma sehr wenig Fett getan hat. Das soll den Wunsch ausdrücken, dass im kommenden Jahre Ueberfluss herrschen möge, Diese Speise wird unter allgemeiner Heiterkeit verzehrt. Die Jugend schäkert und schmiert sich die Löffel ins Gesicht, während der Hest ausgekratzt und ans Fenster geschmiert wird. Auch scherzhafte Gebräusche fehlen nicht. Ziemlich allgemein ist das Verschmieren der Fensterscheiben mit Lehm, das Hinaufziehen der Egge aufs Dachfenster, das Verbarrikadieren der Tür mit Balken, das Wegnehmen von täglichen Gebrauchsgegenständen, die dann teuser wieder ausgelöst werden müssen, und nicht zuletzt die Veranstaltung gemeinsamer Tanzvergnügen in der Dorfschenke.

Eine Sitte mit sehr alter Tradition ist die sogenannte Weihnachtskollende, d.h. der Besuch jeder Wohnung eines Gläubigen durch den Pfarrer und den Küster in Begleitung der Messknaben. Sie weihen die Räume unter Zeremonien, zeichnen ein K-M-B (Kaspar, Melchior, Balthasar, die Namen der drei Weisen aus dem Morgenlande) an die Tür und sammeln Opfergaben ein. Die Jagdliebhaber wiederum lassen sich aus dem Resultat der Jagd prophezeien und ziehen ihre Schlüsse auf die Jagderfolge im kommenden Jahr.

Vielleicht am interessantesten ist eine Sitte, die sich bei den Ruthenen am Bug findet. Vor dem Neujahrstage bereitet die Bäuerin Fleisch und andere Speisen vor und backt flache Kuchen und sogenannte Pierroggen. Burschen und Mädschen verkleiden sich als Zigeuner oder Greise, wobei sie die Pelze umkehren, gehen hinter der geschilderten Weihnachtskollende des Ortsgeistlichen her und imitieren Tierstimmen. Während die Burschen die Glückwünsche ausrichten, werfen die Mädchen Leinsamen ins Feuer, der geräuschvoll platzt. Bewirtet man sie nicht dann essen sie, was sie erwischen, und reissen dem Geflügel Federn aus, mit denen sie ihre Kopfbedeckung schmücken. Nachdem sie das ganze Dorf besucht haben, kehsten sie an einen verabredeten Platz zurück, wo ein als Bäuerin verkleidetes Mädschen mit Hilfe anderer ein Abendbrot herrichtet, während die Burschen für das gesammelte Geld Getränke besorgen. Esfolgt ein estmahl, das bis in die späte Nacht hinein dauert. Die Sitte der Veranstaltung solcher Festmahle und Trinkgestage in der Sylvesternacht findet sich bereits früh.

SPD. Ehen werden im Himmel geschlossen, gewiss; doch wie oft benutzen die himmlischen Mächte nur einen Seidenfaden zum Zusammenknüpfen des Ehebundes!Dies Wahrnehmung scheint eine Geschichte, die sich kürzlich in der kroatischen Hauptstadt Agram abspielte, schlagend zu beweisen. Die Hauptakteure der Begebenheit sind: ein gutsituierter Kaufmann, seine Frau (mit einem Fuss auf der Schwelle des sogenannten gefährlichen Alters stehend) und - im Mittelpunkte der Vorgänge - ein Strumpf oder vielmehr eine Masche dieses Strumpfes, die gerissen war, und die -wie die Folgen zeigen- auch einem glücklichen, seit 10 Jahren bestehenden, hare monischen Ehebündnis einen Riss beibrachte.

Der genannte Kaufmann, ein aufmerksamer und solider Ehegatte, kommt abends hundemüde aus dem Geschäft nach Hause und ist froh, sich bald zu Bett begehen zu können. Beim Abendbrot erklärt jedoch seine Frau, dass sie ins Kino gehen möchte, und fügt mit einem unnachahmlichen Lächeln hinzu: "Ich weiss doch, Schatzi, dass Du müde bist; deshalb bat ich die Lotte, mit mir zu gehen und mich dann nach Haus zu begleiten." Damit war die Sache auch in bester Ordnung, denn im Laufe der Zei war die Lotte die ständige Kinopartnerin der Dame geworden und der Herr Gemahl hatte sich schon daran gewöhnt, anstatt ins Kino lieber zu Bett zu gehen.

Das Abendbrot war beendet, und Madame traf ihre Vorbereitungen: eine etwas allzu abendliche Toilette, Rouge und Parfum, Aufregung und Eile, denn es war schon ½9 Uhr und sie könnte, Gott behüte, den Anfang des Films verpassen. Schnell noch den Abendmantel, einen Abschiedskuss auf die Stirn des Gatten - "auf Wiedersehen, Liebling; vielleicht gehen wir nach der Vorstellung noch in ein Kaffeehaus; schla süss! - und schon war sie weg. - Freundlich lächelnd sah ihr der Gatte nach. Soll sie nur gehen, die Arme; sie hat ohnehin so wenig Vergnügen. Erst, nachdem sich die Tür hinter ihr geschlossen hatte, kam ihm wie eine späte Reflexion ein kleiner Toilettenfehler seiner Frau in den Sinn, eine gefallene Masche bezw, ein winziges Loch an ihrem linken Strumpf, etwas oberhalb des inneren Knöchels, das seine ewig lebhaften Augen bemerkt, doch der müde Mund nicht mehr zu erwähnen vermocht hatt Die durch das Loch schimmernde weisse Haut rüttelte den Gatten aus seiner Nüdig keit wach. Er sprang auf, um seiner Gattin dies zu sagen, doch Madame war schon längst im Trubel der Strasse verschwunden.

"Na.nicht so schlimm"- beruhigte sich der aufmerksame Ehemann -- im Kino sieht man's ohnehin nicht". Und er begab sich zufrieden zur Ruhe. - Um Mitternach wachte er durch das Knarren der Tür auf. Ueberschäumend lustig kehrte Madame nac Hause. "Fabelhaft war dieser Film, sage ich Dir"-trillerte sie-"es geht doch nich über einen deutschen Tonfilm. Und dann waren wir noch ein Stündchen im Kaffee= haus". - Den Kaufmann aber beschäftigte im Dämmerschlafe noch immer die gefalle ne Masche, und instinktiv schweiften seine Blicke nach dem linken Fusse seiner-Frau, oberhalb des Knöchels das kleine Loch suchend; hoffentlich war es inzwische nicht grösser geworden! -Komisch! Wo ist denn das Loch? Hat er denn schlecht ge= sehen? War vielleicht gar kein Loch im Strumpfe gewesen? -Hopp! Ich hab's -Er hatte sich doch nicht geirrt! - Doch -wieso- jetzt war das Loch am rechten Bein oberhalb des äusseren Knöchels. Dazu war es noch etwas grösser geworden als raben um 19. Sonderbar....Er sagte keinen Ton. Grübelte nur. Nein, er kann sich keines= falls geirrt haben. Er weiss ganz genau, dass das Loch, als seine Frau wegging, am linken Bein oberhalb des inneren Knöchels war. Aus war es mit seinem Schlaf.Er grübelte und grübelte...

Müde und verschlafen stand er morgens auf nahm von seiner Frau Abschied un ging ins Geschäft. Vormittags eilte er hinüber zu Lotte, der Freundin seiner Frau der Kinopartnerin. Sie war aber nicht zu Hause. "Die gnädige Frau ist am Montag zu ihren Eltern gefahren", erklärte das Dienstmädchen. "Sie kommt erst am Sonntag wieder. "Dem Kaufmann drehte sich alles vor den Augen. Seine Hirngespinste was ren also doch nicht grundlos. Was ist los mit dem Kino? Mit dem Kaffeehaus? - Aufsgewühlt stürzte er nach Hause. Und die Frau, die das verstörte Gesicht san, senkte der Zusammen, auch den Strümpf mit dem Loch. Sagen zu packen. Sie raffte ihre Kleizeiten, als die Frauen noch selbstgestrickte Strumpfe trugen.

Preußischer Landtag

Berlin, ben 18.Dez. (Eig.Ber.

SPD. Abg. Borck (Dn) weantragt, für die in der Notverordnung vorgeschriebene Realsteuersenkung einen Stichtag, und zwar den 31.Dezember 1930, festzusetzen, damit die Gemeinden nicht die Senkungsabsicht durch vorhergehende Realsteuer-Erhöhung durchkreuzen können. - Der sofortigen Beratung dieses Antrags wird von den Sozialdemokraten widersprochen. - Ein Zentrumsantrag über das Zugabewesen wird dem Ausschuss überwiesen. - In der Fortsetzung der ersten Beratung des Etats für 1931 führt

Innenminister Severing die Gründe an, aus denen er sich nicht an der Aussprache über den ersten gegen ihn gerichteten Misstrauensantrag beteiligt habe. Ich bin, so erklärt der Minister, ein Anhänger des parlamentarischen Systems. Gerade darum aber wende ich mich gegen das Zerrbild des Parlamentarismus, das in der Häufung von Misstrauensanträgen besteht. Die Minister sollten es grundsätzlich ablehnen. solchen Verzerrungen des Parlamentarismus noch eine besondere Folie durch ihre rednerische Beteiligung zu geben. (Beifall) Das Misstrauensvotum gegen mich wird damit begründet, dass ich mich über die Vorführung des Films "Im Westen nichts Neues" in der amerikanischen Fassung lobend geäussert hätte. Tatsächlich habe ich mich über diese Vorführung überhaupt nicht geäussert. (Hört! Hört!) Selbst wenn ich mich aber in der Oeffentlichkeit lobend über den Film geäussert hätte, könnte man nicht sagen, dass ich damit dem Gutachten des Auswärtigen Amts widerspreche. Es liegen ja zwei Gutachten des A.A. vor. Als ich die amerikanische Fassung sah, war nur das erste Gutachten bekannt, das sich günstig über den Film äussert. (Heiterkeit) Es wird auch vergessen. dass die Filmprüfstelle, die den Film zugelassen hatte, auch eine Reichseinrichtung ist. Es ist nicht wahr, dass die Vorführung des Remarque-Films sofort die Empörung der nationalgesinnten Kreise'hervorgerufen habe. Bei der ersten und bei der zweiten Vorführung zeigte sich keinerlei Empörung und die bei der dritten kann nicht natürlich gewesen sein. Wer sich von dem Gefühl der inneren Empörung über einen Film leiten lässt, der fängt nicht vorher weisse Mäuse und Blindschleichen ein. (Sehr gut!) Ganz unabhängig von der Beurteilung des Films hat die Polizei dafür zu sorgen, dass Hausfriedensbrecher aus Theatern entfernt werden. Würde die Polizei die Demonstrationen gegen den Remarque-Film zulassen, dann würde morgen demonstriert werden gegen ein Schil ler-Drama, das pazifistische Stellen enthält. Vielleicht demonstrie tionalsozialistischer Schülerbund gegen die Stelle aus Schillers Glocke: "Holder Friede, süsse Eintracht weilet, weilet freundlich über dieser Stadt." (Heiterkeit) Die Demonstranten gegen den Film scheinen ihn oder den Krieg nicht zu kennen, dieser Film ist ein hohes Lied auf deutsche Kameradschaft und deutsche Tapferkeit! Wenn die Nationalsozialisten rufen, Hitler stehe vor den Toren Berlins, so meine ich, er soll ruhig eintreten, er bekommt sonst kalte Fusse. (Heiterkeit)

Von den Deutschnationalen ist gegen das Demonstrationsverbot protestiert worden, das der Regierungspräsident von Oppeln erlassen hat. Dieses Verbot ist aber erlassen worden nach dem vorherigen Einverständnis aller örtlichen Parteien von den Nationalsozialisten und Deutschnationaen bis zu den Kommunisten (Abg. Kasper (Komm): "Das ist gelogen, die Kommunisten waren nicht damit einverstanden!" - Ordnungsruf). Das Demonstrationsverbot ist auch von der deutschnationalen "Schlesischen Zeitung" gebilligt worden. Wenn behauptet wird, es sei an eine Heranziehung des "Reichsbanners" zur Unterstützung der Polizei gedacht, so ist das vollkommen falsch. Der Schutz der staatlichen

Einrichtungen ist Sache der staatlichen Organe. An diesem Grundsatz wird in Preussen nichts geländert. Wir brauchen weder auf das "Reichsbanner" noch auf irgendeine andere Organisation zurückzugreifen. Was wäre ich für ein elender Stümper als Polizeiminister, wenn ich erklären müsste, dass die Schutzpolizei zur Erfüllung ihrer Aufgabe nicht ausreiche. Die preussische Polizei ist ihrer Aufgabe gewachsen und ihr Aufbau soll in diesem Winter nicht geändert werden. Auf die gegen mich geäusserten Drohungen kann ich nur antworten: ich erwerbe weder in Dänemark noch in der Schweiz eine Villa, ich bleibe in Deutschland und ich kaufe mir auch keine blaue Brille. (Sehr gut! links) Die kommunistische Anfrage, ob mir bekannt sei, dass eine nationalsozialistische Stelle in Berlin Polizei-Ersatz nach Thüringen vermittle und dass ein Abkommen zwischen dem Führer der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und dem Ministerialdirektor Klausner vom Innenministerium bestehe, kann ich nur mit nein! neantworten. Die thüringischen Nationalsozialisten würden es sich wohl verbitten, wenn ihnen ein Berliner Vormund gestellt wird. Im preussischen Innenministerium entscheidet nicht der Ministerialdirektor, sondern der Chef. (Beifall). Es ist auch nicht wahr, dass wir auf private Organisationen für den Grenzschutz zurückgreifen müssten. Dazu reichen die staatlichen Organe aus (Beifall). Wenn von der äussersten Linken und Rechten gesagt wird, man könnte evtl. noch deutlicher werden, so kann ich die Herren nur auffordern: werden Sie doch so deutlich wie möglich! (Abg. Hake (Natsoz): "Das könnte Ihnen so passen!" - gr. Heiterkeit.)

Unser Dank gebührt allen Sparten der Polizei für das, was sie in den letzten schweren Monaten geleistet haben. Diese Amerkennung gilt nicht nur den Mannschaften, sondern auch den Offizieren (Lärm b.d.Komm. - Abg. Kasper (Komm) erhält zwei Ordnungsrufe.) Auch das Offizierskorps der Polizei ist staatstreu und wird in jeder Situation seine vaterländische und republikanische Pflicht tun (Beifall). Um dem Dank an die Polizei auch einen sichtbaren Ausdruck zu geben, wollen wir vom 1. Februar 1931 ab den Exekutivbeamten wenigstens einen Teil des Gehaltsabzugs woder ersetzen. (Beifall) Die Nationalsozialisten irren, wenn sie meinen, dass ich Material für das Verbot ihrer Organisation sammele. Wenn ich sie verbieten will, dann genügt dazu ein Ent-schluss. (Rufe: "Der starke Mann!") Das hat nichts zu tun mit Stärke, sondern nur mit der Vereinfachung des Verfahrens. (Beifall) Ich habe Verständnis für Studentenulk und es berührt mich nicht, wenn Berliner Studenten singen: "Alle Ringe rollen, bloss der Severing nicht!" (Heiterkeit) Wenn aber ein Mann wie Geheimrat Baumgarten in der übelsten Weise als Landesverräter beschimpft wird. wenn junge Studenten gewaltsam bestimmte Professoren an ihren Vorlesungen hindern wollen, dann hört die Gemütlichkeit auf, dann ist es die Aufgahe der Pôlizei, rucksichtslos gegen die Ordnungsstörer einzuschreiten. (Lebusteifall) Ich bin ein Freund der Jugend, aber ich mache die übertriebene Umschmeichelung der Jugend nicht mit, die jetzt von allen Parteien geübt wird. Sie führt dazu, dass junge Studenten sich einbilden, sie brauchten nichts mehr von der Erfahrung der Alten zu lernen, sie seien schon die berufenen Herrscher Deutschlands, während oft solch junger Mensch seniler ist, als ein gereifter, tatkräftiger Alter (lebh. Zustimmung. - Abg. Kube (Natsoz): "Die Sozialdemokraten haben doch den zwanzigjährigen das Wahlrecht gegeben!"). Wollen Sie denn für die Heraufsetzung des wahlalters eintreten, nerr Kube? (Abg. Kube: Jetzt nicht mehr! Heiterkeit) Zu der gegen einen hohen Beamten im Westen hier vorgebrachten Beschwerde kann ich nur sagen, dass ich die Beamten besonders schätze, die sich an antifaschistischen Kundgebungen beteiligen. (Beifall links) Unberechtigt ist auch die Darstellung volksparteilicher Redner, als sei die preussische Verwaltung heute viel schlechter als früher. Wer die Memoiren des Fürsten Bülow aufmerksam liest, wird dieser Auffassung nicht zustimmen. Es muss auch daran erinnert werden, dass Freiherr v. Stein flüchten musste, weil er sich mit der preussischen Verwaltungsmaschinerie nicht verständigen konnte. Wir wollen

doch die grossen Leistungen, die auch in der Verwaltung der Nachkriegszeit zu beobachten sind, anerkennen und auf dieser Grundlage weiter arbeiten (lebh. Beifäll b.d.Reg.Parteien.)

Abg. Borck (Dn): Die Einleitung unseres Misstrauensantrages gegen den Minister Severing müssen wir nach seiner heutigen Erklärung ändern. Wir können den Antrag selbst aber leider nicht zurückziehen. (Gr.Heiterkeit links und Rufe: "Leider" sagt er!) Wir müssen den Antrag aufrecht erhalten, weil der Minister jetzt nachträglich die Billigungs-Erklärung zum Remarque-Film abgegeben hat, auf die sich unser Antrag stützt.

Abg. Leonhardt (Wirtschaftspt.) verlangt Hilfe für die notleidende Wirtschaft der Ostmark. Ehe die ungerechte und unerträgliche Grenzziehung im Osten nicht revidiert wird, könne Deutschland nicht gesunden. Der unerhörten polnischen Anmassung müsse mit grösserer Energie als bisher entgegengetreten werden. Während Ministerpräsident Braun für Völkerversöhnung eintritt, werde von den polnischen Machthabern der rücksichtslose Kampf gegen die deutschen Minderheiten gepredigt. Die letzte Rundfunk-Rede des Ministerpräsidenten Braun enthält viele Stellen, denen wir zustimmen können; wenn aber der Völkerbund weiter ruhig zusieht, wie Polen allen Verträgen Hohn spricht, dann kann für Deutschland kein Platz mehr im Völkerbunde sein.

Abg. Kube (Natsoz) führt Beschwerde über Verfolgung von Nationalsozialiste durch die preussische Verwaltung. Die unteren Verwaltungsorgane übten sich in der Anwendung der übelsten Metternich-Methoden gegen deutsche Menschen, die nicht die preussische Staatsangehörigkeit besitzen. Wir begrüssen die Erklärung des Ministers Severing, dass die Polizei fest in der Hand des Staates ist. Dann können wir wenigstens nach der nächsten Wahl ein zuverlässiges Instrument übernehmen. Wenden müssen wir uns gegen die Rundfunk-Rede des Ministerpräsidenten Braun, der im Gegensatz zu Severing nur der Prototyp seiner Partei ist, während Severing das Recht auf die eigene Persönlichkeit behaup tet. (Rufe der Kommunisten: "Kube und Severing Arm in Arm!") Nein, aber wir sind zu unseren gefährlichsten Gegnern am ritterlichsten. Der Ministerpräsident sollte von der grössten deutschen Oppositionspartei anders denken, als er es getan hat. Der deutsche Nationalsozialismus ist nicht mit dem Faschismus zu identifizieren. Er ist kein Importartikel aus Italien, sondern eigenes deutsches Gewächs. Aus dem Antrag der Nationalsozialisten in Mecklenburg gegen die Ansiedlung von Katholiken spricht keine Katholikenfeindschaft. Nach dem Reich siedlungsgesetz sollen in überwiegend katholischen Gebieten Katholiken, in überwiegend evangelischen Evangelische angesiedelt werden.

Abg. Lindner (Christl.Soz.Volksdienst): Wir müssen etwas gegen die ungeheure seelische Not der Arbeitslosen tun.Die Arbeitsdienstpflicht ist nicht durchführbar, wohl aber unser freiwilliger Arbeitsdienst. Wir wollen den bewusst evangelischen Kreisen dieselbe Beachtung erkämpfen, die das Zentrum geniesst.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.):

Das Urteil über den polnischen Terror ist bei allen Deutschen in Oberschlesien völlig einmütig, sie verurteilen und verabscheuen ihn. Aber der Tersror richtet sich nicht nur gegen die Deutschen in Polen, sondern auch gegen die polnischen Minderheitsparteien, insbesondere die Sozialdemokratie und die Christlich-Demokratische Partei. Sie haben ja alle von den grauenhaften Misshandlungen der Führer der polnischen Sozialisten in Pilsudskis Merkern gelesen Insofern bietet der polnische Staat in der Behandlung der deutschen Minderheit lediglich ein Musterbeispiel faschistischer Methoden überhaupt. Für den Schutz der deutschen Minderheiten in der ganzen Welt ist der Kampf für die Demokratie wesentlich und unentbehrlich. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die herrschenden Kreise in Polen verfahren lediglich nach den Rezepten, die Hitler und Hugenberg Deutschland anpreisen. (Sehr wahr!links) Aussenpolitisch kann Deutschland deshabb nicht in den Zickzackkurs zurückfallen, den das alte Kaiserreich getrieben

hat. Wir müssen an dem von den Oberschlesiern selbst aufgestellten Programm der wirtschaftlichen Verständigung festhalten. Der am Donnerstag verstorbene deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, hat für die deutsche Ehre, das deutsche Ansehen und die deutschen Minderheiten unendlich viel mehr gearbeitet und geleistet als die ganze deutsche Vorkriegsdiplomatie. Er hätte statt Ihrer Angriffe und Verleumdungen den einmütigen Dank des ganzen deutschen Volkes versdient. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Während der Rede des Abg. von Winterfeldt ist die Frage aufgeworfen, wer verkauft denn die deutschen Güter an Polen. Die Rechte rief zur Antwort: Die Juden! Ganz recht: die Juden sind bekanntlich die Grossgrundbesitzer im östli= chen Deutschland. (Heiterkeit) Aber vor nicht ganz zwei Jahren hat ein Joachim Hans von Bethmann-Hollweg im Kreise Wirsitz 5 700 ha Land an eine polnische Bank verkauft; es sind jetzt darauf 2 000 Polen angesiedelt. Sie entsinnen sick der Hetze, die gegen die preussische Staatsregierung getrieben wurde, als sie un ter bestimmten sozial= und steuerpolitischen Garantien dem Tschechen Bata Land zur Errichtung einer Schuhfabrik verkaufen wollte. Sie haben damals mit ihrer Hetze den Vertrag vereitelt. Aber jetzt hat ein bekannter deutschnationaler Führer in Schlesien Graf Sponnek Herrn Bata das erforderliche Land ohne alle Garantien verkauft. (Lebhafte Bewegung) Wo bleibt Ihre nationale Entrüstung? Ihr Hetze trifft immer nur die linke Seite und deckt die eigenen Leute. (Zuruf bei den Soz.: Genau wie bei Hugenbergs Kriegsfilmen!) Warum hat die Deutschnatio= nale Partei bisher noch nicht mit einer Silbe gegen die Stahlhelm=Besuche bei Mussolini protestiert, gegen die Uebergabe des deutschen Frontkämpferabzeichens an den italienischen Diktator gerade am Tage der deutschen Niederlage am 11. November? Aus Mangel an Mut und Wahrheitsliebe haben Sie es dem Reichspräsi= denten überlassen, gegen diese Würdelosigkeit zu protestieren. Aber lernen Sie endlich, dass man in der Innen= und Aussenpolitik nicht bloss mit Reptilien arbeiten kann. (Grosse Heiterkeit und Beifall links) Herr Düsterberg verlangt in den Stahlhelm=Führerbriefen von den Deutschen angesicht unserer derzeitigen Schwäche Zurückhaltung, Würde und Stolz. Gerade dieser Forderung entsprach die sozialdemokratosche Aussenpolitik seit zehn Jahren. Herr Düsterberg erklärt dort, Deutschland sei in den nächsten Jahren keinesfalls in der Lage, mit Aus= sicht auf Erfolg Krieg zu führen. Warum sind Sie nicht tapfer genug, das deut= sche Volk darüber aufzuklären?

Die Rede des Herrn Kube hat uns erheitert. Aber im Lande führt die Agita= tion der Nationalsozialisten zu den Kirchenschändungen und Friedhofszerstörun= gen, und jeder anständige Mensch sollte sich mit Ekel von dieser Partei ab wenden. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir verbitten uns alle Vergleiche, die Herr Dingeldey sich zwischen der Sozialdemokratie und den Nationalsozialisten zu ziehen erlaubt. Die Sozialdemokratie hat selbst unter der schwersten Verfol= gung den Boden der Legalität niemals verlassen, die Nationalsozialisten sind trotz aller Legalitätsbeteuerungen stets eine Partei der brutalsten Gewalttä= tätigkeit geblieben. Herr Kube lässt sich im Lande abwechselnd als Schrecken des Landtags und als künftiger preussischer Innenminister plakatieren. Aber zum Minister gehört ein Kopf, nicht bloss Kehlkopf. Herrn Kubes Kehlkopf scheint mir ihn zu ganz anderen Berufen zu befähigen als gerade zum Minister. (Heiter= keit) Die Nationalsozialisten markieren jetzt Mässigung und Legalität. Aber un= mittelbar vor der Wahl hat Herr Kube selbst im "Völkischen Beobachter" geschrie ben das preussische Zentrum sei rein marxistisch: die Schwering, Hess, Lauscher und Linneborn möchten am liebsten die Gebeine Friedrichs des Grossen aus der Potsdamer Garnisonkirche zerren und in alle Winde zerstreuen. (Hört. Hört!) In demselben Aufsatz erklärt er das Wissen der Polizei gleich Null, ihre Ansprüche und ihre Ueberheblichkeit für unendlich, bezeichnet er die preussischen Pro: yinzialschulkollegien als unter dem Niveau jedes Balkanstaates stehend und cha= rakterisiert die gesamte preussische Verwaltung als einen Sauhaufen an Grobheit

Landtag, Blatt 5

und Unbegabtheit: jeder Häuptling im Reiche Bornu habe mehr Sinn für Recht und Schicklichkeit als die preussischen Richter und Staatsanwälte. Vielleicht nehmen die Regierungsstellen und die Herren Beamten davon Kenntnis.

Im Ton hat sich am Mittwoch Herr von Eynern (D.V.) von Herrn Kube so unterschieden, wie eben ein Verwaltungsgerichtsrat von einem Vulgärlexikon. (Heisterkeit) In der Sache hat er gegen die preussische Verwaltung nur eine unendeliche Fülle schwerster Beanstandungen vorgebracht. Wir haben Herrn von Eynern hier schon ganz anders sprechen hören, und als er aus der Kapuzinerpredigt zisterte "Wie die Diener, so das Haupt" fiel uns lediglich die Fortsetzung ein:

"Weiss doch keiner, woran der glaubt." (Grosse Heiterkeit)

Die Erklärung des Ministers zu den Angriffen gegen den Oberpräsidenten Haas haben meine Freunde lebhaft begrüsst. Jeder Beamte sollte sich wie Haas dazu bekennen, dass er zur Verteidigung des Staates bereit ist "wenn Fememörder und faschistische Raufbolde die Republik antasten", wie es in dem angefochtenen Plakat heisst. Wir hätten gewünscht, der Minister wäre ebenso grosszügig gegen Lüdemann verfahren, Denn die deutschnationalen Angriffe gegen die soziale demokratischen Oberpräsidenten kommen doch immer nur daher, dass die Oberpräsidenten nicht mehr so ausgewählt werden wie früher. (Sehr wahr! rechts) Für die frühere Zeit hat nämlich Herr v. Heydebrandt an dieser Stelle erklärt, die Oberpräsidenten würden ja nicht nur nach Leistungen und Fähigkeiten, sondern mehr nach Gesichtspunkten repräsentativer Natur ausgesucht (Grosse Heiterkeit und Sehr gut! links).

Wie an den neuen Oberpräsidenten, so nimmt Herr von Winterfeldt Anstoss an den neuen Schulbüchern: die grosse Vergangenheit werde den Kindern nicht mehr richtig beigebracht. Aber sogar Herr von Winterfeldt dürfte sein Urteil über Wilhelm II. seit 1914 einigermassen geändert haben. Kann man heute wirklich noch Geschichtsunterricht nach den Regulativen des Kultusministers von Gossler erteilen, dass sämtliche preussischen Könige der Jugend als hervorragen= de Vorbilder vorzuführen seien? (Heiterkeit) Ich fürchte, auf diesem Gebiet ist eher viel zu wenig geschehen. Ich habe hier ein Schulbuch aus Ostpreussen mit einem Kriegsgedicht "An den deutschen Kronprinzen", das beginnt: "Du hast sowas im Auge"... und schliesst: "Des ganzen Volkes Liebe zieht rauschend mit Dir mit". (Schallende, lananhaltende Heiterkeit). Dieses Kronprinzengedicht und das Verbot des Remarque=Films - meine Herren Deutschnationalen, das ist ungefähr Ihre Mentalität. (Heiterkeit und sehr gut links) (Schlussrufe rechts) Ich beab= sichtige nicht, mich Ihrem Terror zu beugen. (Zuruf des deutschnationalen Abge= ordneten Kaufmann; Herr Kaufmann, bei Ihnen wäre ich natürlich sicher wie in Abrahams Schoss. Aber trotzdem möchte ich mir die Freiheit erhalten . (Heiterkeit und Sehr gut! links) Die Deutschnationale Partei ist heute gegenüber den natio= nalsozialistischen Terrorbanden hörig geworden. (Lebh. Widerspruch rechts) Eine Partei, die sich widerspruchslos von Herrn Goebbels sagen lässt, dass er mit dem stinkenden Misthaufen verwesender bürgerlicher Parteien nichts zu tun habe, hat Würde und Stolz verloren. Die Deutschnationale Partei wagt keine Silbe gegen di brutalsten Ausschreitungen der Nationalsozialisten, gegen die wüstesten Kampf= methoden. Werden nicht Männer von konservativer Grundauffassung, die ein Leben lang für den Staat und den Staatsgedanken gekämpft haben, endlich schamrot über eine solche Bundesgenossenschaft? (Abg. Kaufmann-Dtn.: Rot werden wir nicht!) (Grosse Heiterkeit links) Aber Sie werden Ihrer geschichtlichen Idee untreu. wenn Sie sich willenlos einer Partei hingeben, die hinter der Folie des Dritten Reichs nur anarchistische Zustände herbeiführen kann. (Zuruf bei den Nat. Soz.: Hetzjude!) Sie sehen, meine Herren, das Niveau der Kirchen- und Gräberschänder im Parlament! (Stürmische Zustimmung bei den Soz.) Als die Arbeiterklasse den Weg ihrer geschichtlichen Sendung beschritt, hat Ferdinand Lassalle den Kon= servativen zugerufen: "Wir verteidigen mit ihnen den Staat, das uralte Vesta= feuer der Zivilisation, gegen die modernen Barbaren." Wo sind heute noch die

Landtag, Blatt 6

Konservativen, die den Staat verteidigen? (Sehr gut! links)

Vor wenigen Tagen hat unser verehrter Präsident zweien der ältesten Mitsglieder dieses Hauses Dr. Porsch und Adolph Hoffmann einen ergreifenden Nachstuf gewidmet. Beide waren im alten Deutschland verfemt und bemakelt, der eine im Kulturkampf, der andere unter dem Sozialistengesetz. Sie waren denkbar verschiedenste politische Persönlichkeiten: der eine revolutionär bis zum letzten Tag, der andere konservativ im besten Sinne des Wortes. Ihnen beiden hat der neue Staat, die Demokratie, die Verfassung von Weimar die volle Entwicklung der Individualität ermöglicht. Und das ist das Grosse an der Demokratie, dass sie niemanden zurückstösst, der guten Willens ist zu produktivem Schaffen. In der demokratischen Republik kann jeder politisch arbeiten und leben, der wilsens und bereit ist, vom Boden, im Sinne und mit den Methoden des demokratieschen Staates dem Wohle des Volkes zu dienen. (Stürmischer Beifall bei den Soz

Abg. Ebersbach (Dtn.) teilt mit, dass die Deutschnationalen die Herrn von Bethmann=Hollweg und Graf Sponnek aus der Partei ausgeschlossen haben.

Die weitere Debatte wird auf Freitag, 10 Uhr vormittags vertagt.

Persönlich erklärt Abg. Weidemann (Soz.), dass er niemals von einem bewaffneten Reichsbanner und von Verabredungen für das Zusammenwirken von Reichsbanner und Schutzpolizei gesprochen hätte.

Landtags-Stimmungsbild.

Die Etatdebatte im Preussischen Landtag erreichte am Donnerstag ihfen Höhe punkt. Zu Beginn der Verhandlungen rechnete zunächst der Preussische Jnnenminister Severing mit den deutschnationalen Misstrauensvoten und den Märchen ab, mit denen sie begründet werden und die sonst gegen Severing in den letzten Monaten in der Presse verbreitet worden sind. Also Karl Severing hat sich kein Landgut in Dänemark gekauft – auch keine blaue Brille, wie er hinzusetzte; er hat nicht im Parteivorstand der SPD erklärt, dass die Schutzpolizei unzuverlässig geworden wäre; er hat nicht gesagt, der amerikanische Text zum Remarque-Film sei einwandfrei – er versteht nämlich gar kein Englisch; er hat nicht ängeordnet, alle Polizeikräfte Preussens gegen die Abhaltung von Studentenmensuren mobil zu machen; er hat kein Geheimbündnis mit den Nationalsozialisten abgeschlossen, Selbstschutzverbände in Oberschlesien aufzuziehen. Man weiss wirklich nicht, woher Deutschland mit diesem Mass von politischer Dämlichkeit begebt ist, das dergleichen Dinge erfindet und glaubt.

Das politisch Wesentliche an Severings Erklärungen war der Ausdruck seinen vollständigen und unbedingten Vertrauens zu allen Gliedern der Schutzpolizei und der Polizei überhaupt. Sie werde stets tun, was ihr befohlen, um die Autorität des Staates zu wahren, und sei in jeder Beziehung bereit und gerüstet, ihre

patriotisch-republikanische Pflicht zu tun.

Mit derselben Entschiedenheit verteidigte Severing die Beamten, die sich jetzt im Kampfe gegen die drohende faschistische Gefahr exponiert haben. Er erklärte es geradezu für die Aufgabe jedes wirklich politischen Beamten der Republik, die eingetretene Beunruhigung wieder zu dämpfen und den festen Entschluss des Volkes, sich die Freiheit nicht nehmen zu lassen, zu bestärken.

Auf Severings sehr beifällig aufgenommene Erklärung folgten die Redner der kleineren Parteien. Von ihnen erregte der Nationalsozialist Kube Aufsehen, indem er fortwährend tiefe Verbeugungen vor Severing und dem Justizminister Schmidt machte. Auch das Zentrum streichelte er mit lauter Schmeichelworten und erwiderte auf kommunistische Zwischenrufe, die Verlobung mit dem Zentrum werde nicht mehr lange auf sich warten lassene Die Neigung dazu ist aber bisher

nur einseitig - bei den Nazis.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Hamburger, geistesgegenwärtig und witzig wie immer, las aus dem "Völkischen Beobachter" einen nur wenige Monate alten Artikel des Herrn Wilhelm Kube vor, in dem er das preussische Zentrum für rein marxistisch erklärt und ihm nachsagt, es wolle die Gebeine Friedrichs des Grossen aus seiner Gruft zerren. Aehnlich demagogisch, ähnlich aufreizend gegen jede Staatsautorität war der übrige Jnhalt dieses Artikels, ist die ganze nationals sozialistische Propaganda, die in Kirchen- und Gräberschändungen gipfelt. Aber Dr. Hamburger rechnete nicht nur grausam mit dieser wüsten Gewaltdemagogie ab, die über das Dritte Reich hinweg lediglich zur Anarchie führen könnte, sondern auch mit den Hörigen der Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und den Mittelparteien. Auf die Feststellung des sozialdemokratischen Redners, dass gerade bekannte deutschnationale Grossgrundbesitzer ihre Güter an die Polen verkauft haben, liessen die Deutschnationalen sehr kleinlaut vermerken, sie hätten diese Grafen Sponnek und Bethmann-Hollweg nachträglich aus der Partei ausgeschlossen.

Am Freitag fallen die Entscheidungen über die Misstrauensvoten, die nicht zweifelhaft sind. Sie werden abgelehnt. Dann geht auch der Landtag in die Weih-

177

nachts ferien.